

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Diskussionsbericht zu einem Workshop über Herausforderungen bei der Neuauflage der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Abbildung 1: Die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen



Quelle: Vereinte Nationen

Nachhaltigkeit gewinnt als Leitprinzip für das politische Handeln der Bundesregierung zunehmend an Bedeutung. Mit der Neuauflage der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie strebt die Bundesregierung an, die im September 2015 von der Generalversammlung der UN verabschiedete 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 Zielen (Sustainable Development Goals, SDGs, siehe Abbildung 1) auf nationaler Ebene zu verankern.¹ Hierzu wird die erstmals im Jahr 2002 aufgelegte Nachhaltigkeitsstrategie durch neue Ziele ergänzt und mit weiteren Indikatoren hinterlegt. Die überarbeitete Strategie soll noch im November 2016 dem Kabinett vorgelegt und künftig als „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ fortgeführt werden.

In einem internen Workshop mit einem Impulsvortrag von Herrn Dr. Nils aus dem Moore vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)² diskutierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die Herausforderungen, die mit diesem Prozess einhergehen. Argumente und Erkenntnisse aus dem Workshop werden im Folgenden dargestellt.

Zielkonflikte erkennen und ausbalancieren

Die Bundesregierung bezieht sich in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie auf eine Definition von Nachhaltigkeit, die sowohl

1 Diese 17 Ziele sollen bis 2030 erreicht werden. Sie werden in 169 Unterzielen konkretisiert.

2 Dr. Nils aus dem Moore leitet am RWI die Forschungsgruppe „Nachhaltigkeit und Governance“.

eine intertemporale als auch eine interdisziplinäre Komponente enthält. So soll eine nachhaltige Entwicklung den Bedürfnissen der heutigen sowie künftiger Generationen gerecht werden. Dabei sollen ökonomische, soziale und ökologische Belange in ausbalancierter Weise berücksichtigt werden. Dieses Verständnis von Nachhaltigkeit ermöglicht auf theoretischer Ebene eine ganzheitliche und ausgewogene Herangehensweise. Die praktische Umsetzung in eine konkrete politische Agenda erfordert allerdings Weitsicht und Fingerspitzengefühl. So bestehen zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitszielen vielfältige Wechselwirkungen, die zu politökonomischen Zielkonflikten führen können. Ein prominentes Beispiel hierfür ist das Ziel, den Konsum – zum Beispiel durch eine Steigerung des Marktanteils von Bio-Lebensmitteln – nachhaltiger zu gestalten. Da Bio-Lebensmittel in der Regel teurer sind als konventionelle Produkte, könnte dieses Ziel insbesondere das Realeinkommen der Bezieher kleiner Einkommen schmälern und damit in Konflikt zum Ziel, Ungleichheit zu verringern, geraten. Diesen und weitere Zielkonflikte gilt es zu erkennen und bei der weiteren Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsstrategie zu berücksichtigen. Hierzu kann etwa die Wissenschaft beitragen, indem sie Interdependenzen aufdeckt und Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge gezielt erforscht.

Indikatoren und Zielwerte sorgfältig prüfen

Während die Vereinten Nationen noch darum ringen, die 169 Unterziele der SDGs zu formulieren und mit der Definition von Indikatoren die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Entwicklungen zu messen, hat die Bundesregierung bereits weitgehend konkrete Indikatoren und Zielvorgaben festgelegt. Damit nimmt Deutschland international eine Vorreiterrolle ein. Bei allen Vorteilen, die konkrete Zielvorgaben bieten, dürfen die damit verbundenen Schwächen nicht aus dem Blick geraten: Nicht für alle Lebensbereiche, die in der Nachhaltigkeitsstrategie angesprochen sind, stehen Daten zur Verfügung, anhand derer sich Entwicklungen messen lassen. Ein Beispiel hierfür ist das Maß für die Verbreitung von Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten. Mangels besserer Alternativen soll der Umsatzanteil der Mitglieder des Bündnisses für nachhaltige Textilien³ als Indikator dienen. Dabei stellt sich die berechnete Frage, wie repräsentativ der Textilsektor für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt ist und folglich, wie



aussagekräftig die Entwicklung dieses Indikators tatsächlich ist. Um die Aussagekraft der Indikatoren nicht zu überschätzen, ist es wichtig, solche Schwächen im weiteren Prozess zu thematisieren.

Neben der Frage nach den geeigneten Indikatoren liegt eine weitere Herausforderung in der Festlegung der „richtigen“ Zielwerte. Ohne Zweifel können konkrete Zielwerte dazu beitragen, Handlungsstrategien zielgenauer zu formulieren. Je konkreter ein (Unter-)Ziel ist, desto leichter fällt es zudem, Akteure zum Handeln zu motivieren. Das haben auch die Millennium Development Goals als Vorgänger der SDGs gezeigt. Dennoch stellt sich die Frage, welche Zielwerte tatsächlich geeignet sind, soziale, ökologische und wirtschaftspolitische Maßnahmen – im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung bis zum Jahr 2030 – zu formulieren. Häufig lässt sich ein konkreter Zielwert nicht belastbar aus wissenschaftlichen Erkenntnissen ableiten. Darüber hinaus stellt sich aber auch das grundsätzliche Problem, dass die Festlegung eines hinreichend ambitionierten, aber auch realistischen Zielwerts für einen künftigen Termin (z. B. 2030) entscheidend davon abhängt, auf welchem Wege und zu welchen Kosten (das heißt Zieleinbußen bei anderen Zielen) er erreicht werden kann. Dies kann sich aber im Zeitablauf zum Beispiel durch neue Technologien ändern.

³ Das Bündnis für nachhaltige Textilien wurde im Jahr 2014 als Multi-Stakeholder-Initiative (Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Standardorganisationen und Gewerkschaften) gegründet. Es zielt darauf, soziale, ökologische und ökonomische Verbesserungen entlang der Textillieferkette zu erreichen.

Die richtige Handlungsebene finden und individuelle Schwerpunkte setzen

Die Staatengemeinschaft steht vor der großen Herausforderung, für die einzelnen Ziele der Agenda 2030 die richtige Umsetzungsebene zu finden und auf dieser voranzuschreiten. Nicht alle Ziele haben für alle Länder die gleiche Relevanz. Bei der Umsetzung der Agenda werden die einzelnen Staaten deshalb notwendigerweise unterschiedliche Akzente setzen. Zum Beispiel hat das Ziel Nr. 1, bis zum Jahr 2030 Armut in jeder Form und überall zu beenden, für Deutschland augenscheinlich weniger Relevanz als für ein Entwicklungsland, jedenfalls wenn es im Sinn absoluter Armut zu verstehen ist.⁴ Das Ziel, Konsum verantwortlich zu gestalten,

wird wiederum auf der politischen Agenda eines Landes erst dann einen entsprechenden Stellenwert erhalten, wenn die Grundbedürfnisse der Bevölkerung gedeckt sind. Die unterschiedliche Gewichtung der Ziele liegt daher in der Natur der Sache. Sie sollte allerdings nicht dazu führen, dass sich die Staaten in ihren nationalen Umsetzungsstrategien auf Handlungsfelder fokussieren, in denen ihnen die Zielerreichung besonders leicht fällt, und dabei tatsächlichen Handlungsbedarf vernachlässigen.

Kontakt: Christina Ronhardt
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Synergieworkshop des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter dem Motto „Innovative Lösungen für die Digitalisierung und Vernetzung der Wirtschaft“



Die „Always-on“-Kultur unserer Gesellschaft – also einer Gesellschaft, die immer online ist – führt zu einem stark veränderten Konsumentenverhalten. Dieses ist von steigenden Qualitätsanforderungen, wachsender Individualisierbarkeit der Produkte, schneller und passgenauer Lieferung und immer höheren After-Sales-Erwartungen der Kunden geprägt. In der Folge sind in den letzten Jahren weltweit die größten Umwälzungen eingeleitet worden, mit denen Produzenten und Dienstleister jemals konfrontiert worden sind. Nicht mehr die Produkt- und Serviceangebote, sondern die mobilen, vernetzten und hochinformier-

ten Kunden stehen als gestaltende Kräfte im Mittelpunkt dieser Entwicklung. Von ihrem Verhalten gehen branchenübergreifend starke Impulse für betriebliche Strukturanpassungen und die Vernetzung der Unternehmen aus, die derzeit unter dem Begriff „Wirtschaft 4.0“ subsumiert werden.

Laut einer aktuellen Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim weist bisher lediglich jedes fünfte Unternehmen einen fortgeschrittenen digitalen Reifegrad auf. Knapp die Hälfte der Unternehmen gehört zum Mittelfeld: Sie haben bisher vor-

4 Würde man das Ziel im Sinn relativer Armut verstehen, wäre es redundant zum Ziel, Ungleichheit zu reduzieren.



Unter der Moderation von Ulrich Walter diskutieren (von links) Dr. Dirk Kühling (Freie Hansestadt Bremen), Prof. Dr. Katharina Hölzle (Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Berlin), Fabian Jain (Zahnarztpraxis KU64), Prof. Dr. Volker Stich (Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Dortmund – Geschäftsstelle Aachen) und Dr. Markus Kühn (Handwerkskammer Saarland) den Weg zur intelligent vernetzten Produktion und Dienstleistung sowie die Bedeutung der Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren.

wiegend einzelne „Inseln“ der betrieblichen Abläufe digitalisiert und vernetzt. Fast ein Drittel aller kleinen und mittleren Unternehmen gehören zu den digitalen Nachzüglern, die in der digitalen Transformation ihrer Organisation und Prozesse bislang mehr Risiken – z. B. durch Datendiebstahl oder Cyberkriminalität – als Chancen sehen. Dies macht deutlich, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland eine fachliche und branchenübergreifende Unterstützung und besonders praxisnahe Hilfen bei der Digitalisierung ihrer Prozesse benötigen, um nicht ins wirtschaftliche Abseits zu geraten.

Synergieworkshop des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie am 29. September 2016 zu einem Synergieworkshop unter dem Motto „Innovative Lösungen für die Digitalisierung und Vernetzung im Mittelstand“ nach Berlin eingeladen.

Rund 200 Experten diskutierten im Rahmen der Veranstaltung intensiv über den Wandel in der Wirtschaft, der durch die Digitalisierung ausgelöst wird. Im Zentrum stand die Frage, wie die mittelständisch geprägte deutsche Wirtschaft noch stärker motiviert werden kann, die Chancen der Digitalisierung zur Erhaltung bzw. Stärkung der Wettbewerbsposition zu ergreifen.

Förderinitiative Mittelstand 4.0 zur Unterstützung bei der Digitalisierung wird ausgeweitet

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass dieser Unterstützungsbedarf für alle Branchen und bei allen bedeutenden Themen der Digitalisierung – wie z. B. Smart Data, betriebliche Prozesse, Machine-to-Machine-Kommunikation, Cloud Services, IT-Sicherheit – weiterhin groß ist. Deshalb werde die Förderinitiative Mittelstand 4.0 weiter verstärkt, wie die Leiterin des Referats Mittelstand-Digital im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Angelika Müller, in ihrem Eröffnungs-Statement erläuterte. Zusätzliche Konsortien sollen das bestehende Netzwerk aus zehn Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren sowie dem Kompetenzzentrum „Digitales Handwerk“ verstärken und insbesondere thematisch erweitern. Zu den bisherigen, stark auf Produktionsprozesse fokussierten Zentren sollen im Rahmen einer neuen Ausschreibung weitere Themenfelder und Branchen adressiert werden. Wichtige Beispiele seien u. a. im Dienstleistungsbereich die Gesundheitswirtschaft, der Tourismus, die Dienstleister in der Logistik sowie die Landwirtschaft. Projektskizzen können bis zum 23. Dezember 2016 eingereicht werden.¹

Auch durch die angeregte Podiumsdiskussion wurde der Bedarf an weiteren Zentren bestätigt. Vertreter der Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren Dortmund und Berlin verdeutlichten, wie weit der Unterstützungsbedarf für mittel-

1 Die neue Ausschreibung ist hier abrufbar: http://redaktion.bmwi.de/MD/Redaktion/DE/PDF/bekanntmachung-zur-f_C3_B6rderinitiative_property=pdf,bereich=md,sprache=de,rwb=true.pdf

ständige Unternehmen reicht. Für die Zukunft gilt, dass insbesondere das vielfach bereits vorhandene Wissen z. B. mit Hilfe der in den Zentren aktiven Pilotunternehmen in die Wirtschaft transferiert werden muss. Auch der Vertreter der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Dirk Kühling, sowie der Handwerkskammer Saarland, Dr. Markus Kühn, unterstrichen in ihren Beiträgen, welche große Rolle Pilotunternehmen mit ihren Positivbeispielen zukommt. Zudem verdeutlichte Fabian Jain, als Vertreter einer großen Praxisgemeinschaft von Zahnärzten, dass nur durch die vollständige Digitalisierung aller Prozesse – also auch das elektronische Buchen von Terminen, die elektronische Patientenakte und die vollständige Transparenz der Behandlungshistorie – Effizienzreserven ausgeschöpft werden können.

Wie wichtig elektronische Standards für die digitale Vernetzung sind, wurde im Vortrag von Dr.-Ing. Götz Marczinski deutlich. Der Leiter des eStandard-Projektes CoCoDeal warb für die stärkere Nutzung und Verbreitung bereits vorhandener eBusiness-Standards, die beispielsweise in den Förderprojekten zu Mittelstand-Digital erarbeitet worden sind. Digitalisierte Prozesse und Maschinen, die sich selbständig untereinander koordinieren, sind ohne gut gepflegte Stammdaten und harmonisierte eBusiness-Standards nicht zu implementieren.

Thomas Immich von centigrade hob hervor, dass erfolgreiche Produkte eine intelligente Kombination von Hardware, Software und Service darstellen. Nicht die Produktmerkmale, sondern deren Beitrag zur Erfüllung der Nutzerbedürfnisse seien erfolgsentscheidend. Entsprechend brauche es vor dem Festlegen von Spezifikationen zur Entwicklung zunächst die Analyse des Nutzers, seiner Tätigkeiten und Bedürfnisse. Beim anschließenden Design-Prozess könnten dann vielfältige Skizzierungs- und Visualisierungsmethoden zum Einsatz kommen, um Ideen auf ihre Praxistauglichkeit zu testen.

Während des Workshops stellte zudem Pia Sue Helferich von der Mittelstand-4.0-Agentur für Kommunikation die Angebote und Unterstützungsleistungen der vier verschiedenen Agenturen Cloud, Handel, Kommunikation und Prozesse vor. Die Mittelstand-4.0-Agenturen haben insbesondere die Kommunikation mit Multiplikatoren bei Verbänden, Kammern und Beratern als Zielgruppe im Fokus. Darüber hinaus unterstützen sie aber auch die Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren mit vielfältigem Fach- und Methodenwissen.



Details zur neuen Ausschreibung für weitere Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren werden in Bildern dokumentiert.

Neben dem fachlichen Austausch diente der Workshop auch dazu, mögliche zukünftige Partner für die neu beschriebenen Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren zu vernetzen und durch den Projektträger zu informieren. Die Teilnehmer des Synergieworkshops folgten daher aufmerksam den Ausführungen von Dr. Sven Nußbaum vom DLR Projektträger zur Erläuterung der neuen Ausschreibung. Zudem wurde das Angebot des Projektträgers intensiv in Anspruch genommen, Fragen der Interessenten und möglicher Konsortialpartner zu beantworten.

Kontakt: Juliette Melzow
Referat: Mittelstand-Digital
und Dr. Franz Büllingen, Leiter Begleitforschung
Mittelstand-Digital

Mehr Investitionen in Europa und der Welt: die aktuellen Vorschläge der Europäischen Kommission



Die Investitionsoffensive für Europa

Nicht nur Deutschland, auch Europa braucht in erheblichem Umfang zusätzliche Investitionen, um sein Wachstumspotenzial nachhaltig zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Europäische Kommission hat daher im November 2014 ihre Investitionsoffensive für Europa vorgestellt. Ihr zentrales, innovatives Element bildet der so genannte „Europäische Fonds für Strategische Investitionen“ (EFSI), der als Garantieinstrument mit Mitteln aus dem Privatsektor bis Mitte 2019 zusätzliche Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro mobilisieren soll.¹

Am 14. September 2016 hat die Kommission vorgeschlagen, den EFSI um anderthalb Jahre bis Ende 2020 zu verlängern und sein Volumen so auszuweiten, dass bis zu diesem Datum europaweit zusätzliche Investitionen im Umfang von 500 Milliarden Euro angeschoben werden. Dies entspricht einem Aufwuchs um nahezu 200 Milliarden Euro gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Volumen. Darüber hinaus sollen aus Sicht der Kommission die beiden anderen Säulen der Investitionsoffensive, die technische Hilfe und die Beseitigung von Investitionshemmnissen auf europäischer wie mitgliedstaatlicher Ebene, ausgebaut beziehungsweise vorangetrieben werden.

Europäische Kommission und Europäische Investitionsbank (EIB) erwarten, dass die bislang genehmigten EFSI-Finanzierungen zu Investitionen von insgesamt 138 Mil-

liarden Euro in bislang 27 der 28 EU-Mitgliedstaaten führen (s. Abbildung 1; nur in Zypern liegt bisher kein EFSI-gefördertes Projekt vor). Mit Hilfe des EFSI wird beispielsweise in die Förderung von Innovationen, erneuerbaren Energien, Infrastrukturprojekten oder kleinen und mittleren Unternehmen investiert.²

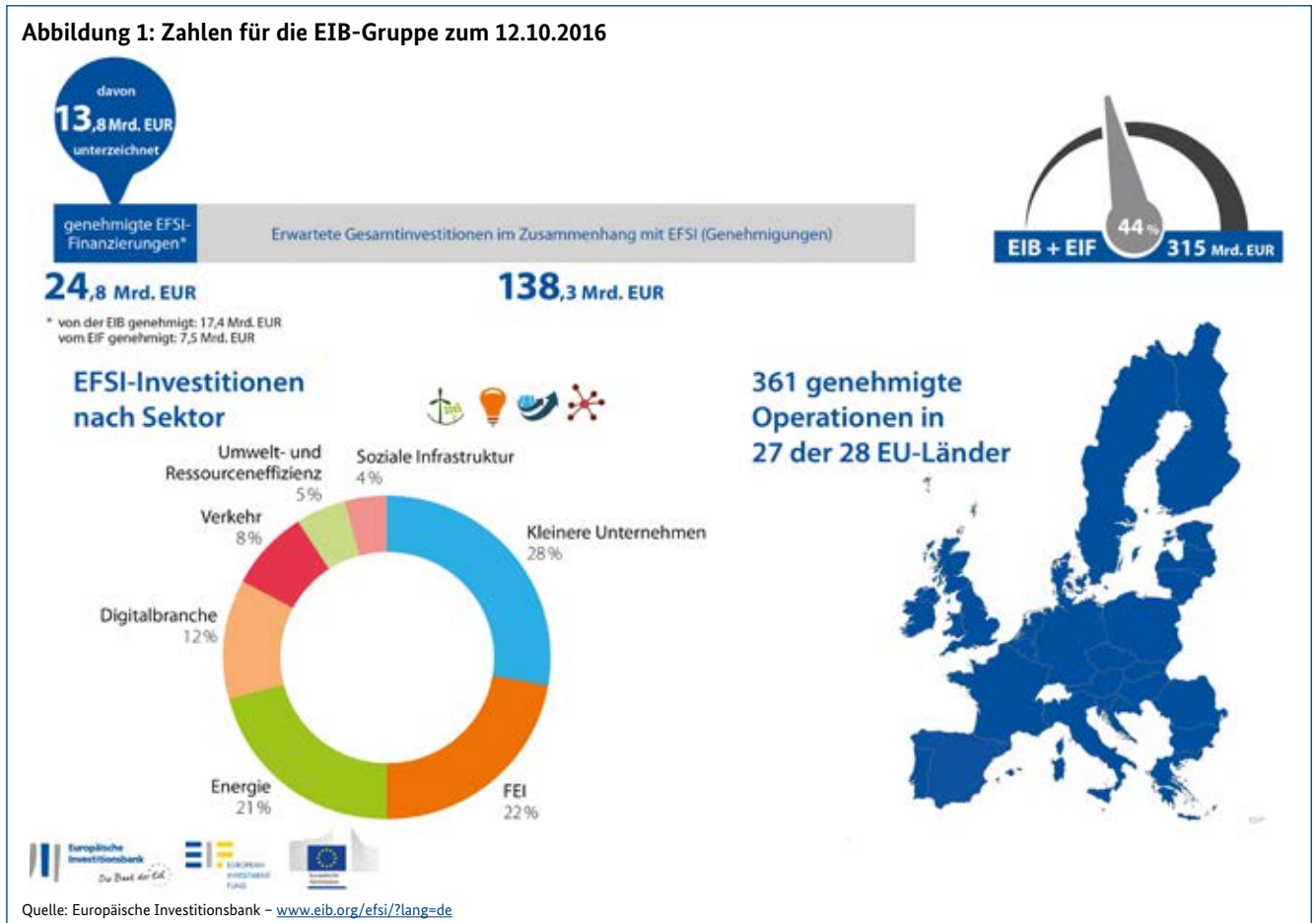
Künftig sollte bei der Auswahl der Projekte der Aspekt der Förderung deutlicher in den Fokus rücken. Es sollten tatsächlich zusätzliche Investitionen gefördert werden, die ohne den EFSI aufgrund von Marktversagen oder suboptimalen Investitionsbedingungen nicht zustande kämen. Die noch ausstehende Evaluierung der bisherigen Erfahrungen mit dem EFSI kann wichtige Hinweise geben, wie dies in Zukunft besser erreicht werden kann. Anders als von der Kommission vorgeschlagen, reicht die Zugehörigkeit zu bestimmten Bereichen oder Regionen als Nachweis der Zusätzlichkeit nicht aus. Entscheidend für die Förderung aus EFSI-Mitteln muss die Qualität der einzelnen Projekte sein.

Eine „Europäische Investitionsoffensive für Drittländer“

Um nachhaltige Entwicklung auch außerhalb Europas zu fördern und dadurch auch den Ursachen für Flucht und Migration zu begegnen, hat die Kommission ebenfalls am 14. September 2016 eine „Investitionsoffensive für Drittländer“ vorgeschlagen. Dieses neue Instrument soll dazu bei-

- 1 Die weiteren Säulen der Initiative bilden die Unterstützung bei der Umsetzung von Investitionsprojekten sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen (zu den Details der Investitionsoffensive siehe die Schlaglichter der Wirtschaftspolitik vom Dezember 2015).
- 2 Beispielsweise konnte in Deutschland das von der KfW angebotene Existenzgründerprogramm „ERP-Gründerkredit – StartGeld“ mit Hilfe des EFSI auf ein Garantievolumen von einer Milliarde Euro bis Ende 2018 ausgeweitet werden (siehe Schlaglichter der Wirtschaftspolitik vom Dezember 2015).

Abbildung 1: Zahlen für die EIB-Gruppe zum 12.10.2016



tragen, Investitionen in Afrika und der Nachbarschaft der EU anzukurbeln und Hemmnisse für private Investitionen zu beseitigen.

Die Kommission reagiert damit auf eine Forderung des Europäischen Rates, der im Juni 2016 die Nutzung „aller einschlägigen Finanzierungsinstrumente und -quellen“ gefordert hatte, um insbesondere Investitionen in den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern der in Europa ankommenden Migranten zu fördern.

Die Investitionsoffensive für Drittländer beruht auf dem Vorbild der Investitionsoffensive für Europa. Sie besteht ebenfalls aus drei Säulen, dem „Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung“ (EFSD) als zentralem Element, der Gewährung technischer Hilfe (etwa durch konkrete Beratung zu Investitionsprojekten) sowie der Verbesserung des Investitionsklimas durch notwendige Strukturreformen. Die Maßnahmen des EFSD, etwa Kredite, Beteiligungen und Risikokapital, sollen durch neuartige Garantien abgesichert werden, die mit Mitteln aus dem EU-Haushalt und dem Europäischen Entwicklungsfonds in Höhe von 750 Millionen Euro ausgestattet sind.

Insgesamt stehen 3,35 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung, um bis 2020 private und öffentliche Investitionen von rund 44 Milliarden Euro in Afrika sowie in der südlichen und östlichen Nachbarschaft der EU zu mobilisieren. Die Investitionsoffensive für Drittländer ist ein sinnvolles Instrument, um die Ursachen von Flucht und Migration zu bekämpfen und eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung in Afrika und der europäischen Nachbarschaft zu fördern. Um größtmögliche Wirksamkeit zu entfalten, müssen sich, so der Europäische Rat, die verschiedenen Instrumente in stimmiger Weise ergänzen. Dies betrifft insbesondere die von der EIB vorgeschlagene Investitions- bzw. „Resilienzinitiative“ für die südliche Nachbarschaft der EU und die Länder des westlichen Balkans, die ähnlich der Investitionsoffensive für Drittländer aufgebaut ist. Hier erfolgte der Startschuss im Oktober.

Kontakt: Joachim Smend
Referat: Europa 2020, Aspekte der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bund-Länder

Einladung zur Gründerwoche Deutschland: Impulse für ein gründerfreundliches Klima



Vom 14. bis 20. November 2016 findet die Gründerwoche Deutschland statt. Zum siebten Mal führen die Partner der Gründerwoche – darunter Kammern, Wirtschaftsförderungen, Bildungseinrichtungen, Gründungsinitiativen und Unternehmen – unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie deutschlandweit vielfältige Veranstaltungen durch.

Ob Vortrag, Seminar oder Webinar, Workshop, Erfahrungsaustausch und Networking oder Unternehmensplanspiel: In der Aktionswoche wollen die Partner, von denen viele sich zum wiederholten Mal bei der Gründerwoche engagieren, Gründergeist wecken. Gemeinsam mit gründungsinteressierten und jungen Unternehmen diskutieren sie die vielfältigen Aspekte von Gründung und stellen Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Existenzgründung vor.

Alle Veranstaltungsangebote finden Sie im zentralen Veranstaltungskalender:



bit.ly/gruenderwoche_veranstaltungskalender

Viele angehende Gründerinnen und Gründer interessieren sich besonders für Veranstaltungen, die von mehreren Partnern direkt vor Ort durchgeführt werden, weil sie Informationen und Angebote bündeln und das lokale und regionale „Gründungs-Ökosystem“ sichtbar machen. In der neuen Publikation „Netzwerke für ein besseres Gründungsklima“ zeigen zwölf erfolgreiche Beispiele anschaulich, wie sich Bürgermeister, Wirtschaftsförderer, Kammervertreter genauso wie Unternehmerinnen und Unternehmer oder Bildungseinrichtungen zusammengeschlossen haben, um das Gründungsklima vor Ort durch ein gemeinsames Engagement bei der Gründerwoche zu verbessern. Die Projekte reichen von einer lokalen Gründungsoffensive über Migrantinnen-Netzwerke bis hin zum generationsübergreifenden Austausch.

Download und Bestellung von „Netzwerke für ein besseres Gründungsklima“ unter:

bit.ly/existenzgruender_gruendungsklima

Wer Gründergeist und Gründungskultur fördern möchte, kann sich allein oder in Kooperation mit anderen Partnern in der Gründerwoche engagieren. Wer Anregungen für die Existenzgründung sucht oder sich über den Weg zum eigenen Unternehmen informieren möchte, ist herzlich eingeladen, die vielfältigen Veranstaltungen der Gründerwoche zu besuchen.

Auch in diesem Jahr macht die Gründerwoche besonders auf die Potenziale von weiblichem Unternehmertum und Gründerinnen aufmerksam. Dazu findet am 17. November 2016 der Aktionstag der BMWi-Initiative „FRAUEN unternehmen“ statt. Die „Vorbild-Unternehmerinnen“ der Initiative stehen an diesem Tag als Gesprächspartnerinnen bereit. Als Expertinnen geben sie Tipps aus der Unternehmerinnen-Praxis und machen Mut zur Selbständigkeit. Begleitend wird eine Telefon-Hotline für gründungsinteressierte Anruferinnen geschaltet.

Infos zum Aktionstag unter:



bit.ly/existenzgruenderinnen_aktionstag

Die Gründerwoche Deutschland ist Teil der Global Entrepreneurship Week (GEW), deren Partner weltweit in über 160 Ländern jeweils in der dritten Novemberwoche Veranstaltungen zur Förderung von Gründergeist, Innovation und Unternehmertum organisieren.

Auf der Website der Gründerwoche Deutschland finden Sie alle Informationen über die Initiative: Partner, Veranstaltungen, besondere Aktionen, Hinweise zum Stand der internationalen Gründungsforschung:

www.gruenderwoche.de

Kontakt: Holger Maus

Referat: Unternehmensgründung, Finanzierungs- und Förderberatung

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

| November 2016 | |
|----------------------|---|
| 07./08.11. | Eurogruppe/ECOFIN |
| 07.11. | Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September) |
| 08.11. | Produktion im Produzierenden Gewerbe (September) |
| 11.11. | Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage |
| 11.11. | Handelsministerrat |
| 16.11. | ECOFIN und Kohäsionsrat |
| 21.11. | vs. Eurogruppe |
| 28.11. | Wettbewerbsfähigkeitsrat/Industrie |
| Ende November 2016 | Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung) |
| Dezember 2016 | |
| 02.12. | TTE-Rat (Telekommunikation) |
| 05.12. | TTE-Rat (Energie) und Eurogruppe |
| 06.12. | ECOFIN; Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober) |
| 06.12. | Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober) |
| 07.12. | Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober) |
| 12.12. | Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage |
| 15./16.12. | Europäischer Rat |
| Ende Dezember 2016 | Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung) |
| Januar 2017 | |
| 06.01. | Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November) |
| 09.01. | Produktion im Produzierenden Gewerbe (November) |
| 12.01. | Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage |
| 23./24.01. | Eurogruppe/ECOFIN |
| Ende Januar 2017 | Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung) |

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html

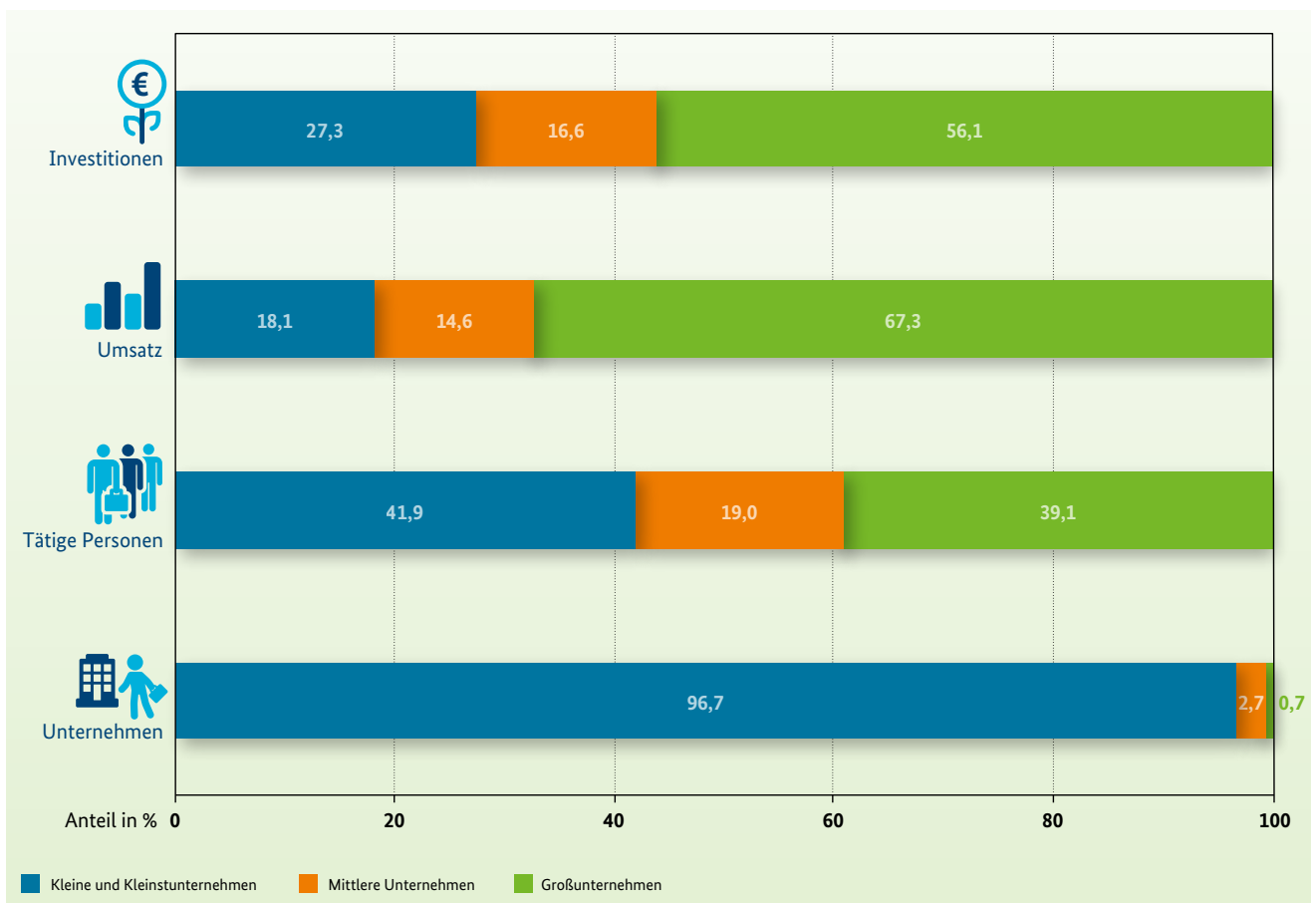


Grafik des Monats

Kleine und mittlere Unternehmen ...

... sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Über 99 Prozent der Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). In diesen Unternehmen arbeiten rund zwei Drittel aller Beschäftigten und sie erwirtschaften ein Drittel des Umsatzes aller Unternehmen. Immerhin 44 Prozent der Anlageinvestitionen werden von diesen Unternehmen getätigt. Gemessen am Umsatzanteil investieren sie also überdurchschnittlich viel.

Verteilung der Unternehmen, tätigen Personen, Umsatz und Investitionen auf Größenklassen* (2014)



* Erläuterungen/Abgrenzung: Kleine und Kleinstunternehmen – bis 49 Beschäftigte und bis zehn Millionen Euro Umsatz; mittlere Unternehmen – bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz; Großunternehmen: über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Umsatz.
Die Statistik erfasst Unternehmen der nicht-finanziellen gewerblichen Wirtschaft mit Sitz in Deutschland, d. h. neben dem Verarbeitenden Gewerbe das übrige Produzierende Gewerbe sowie Handel- und Gastgewerbe und der Dienstleistungsbereich ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.
Tätige Personen umfassen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis zum Unternehmen sowie tätige Inhaberinnen und Inhaber sowie mithelfende Familienangehörige.

Quelle: Statistik für kleine und mittlere Unternehmen, Statistisches Bundesamt (2016)

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft expandiert im zweiten Halbjahr langsamer als im starken ersten Halbjahr. Das Wachstumstempo bleibt aber solide.
- ▶ Die weltwirtschaftliche Dynamik bleibt verhalten und das außenwirtschaftliche Umfeld schwierig. Starke positive Impulse für die deutschen Exporte sind derzeit rar.
- ▶ Die Industrieproduktion ist noch zurückhaltend, die Nachfrage scheint aber wieder zuzunehmen. Die Bauwirtschaft befindet sich demgegenüber im Aufwind.
- ▶ Vom Arbeitsmarkt gehen weiterhin positive Impulse auch für den privaten Konsum aus.

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist solide.¹ Das Wachstumstempo dürfte aber im zweiten Halbjahr etwas langsamer ausfallen als im starken ersten Halbjahr. Das weltwirtschaftliche Umfeld ist zu Beginn des zweiten Halbjahres von Unwägbarkeiten geprägt. Nach der Brexit-Entscheidung sind der Verlauf des Austrittsprozesses und die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich nach wie vor ungewiss. Ein wirtschaftlicher Schock für die deutsche Wirtschaft zeichnet sich aus heutiger Sicht aber nicht ab. Aktuell erschweren Ferientageeffekte eine Interpretation der nationalen Konjunkturindikatoren für die Sommermonate.² Es liegt daher nahe, die Berichtsmonate Juli und August zusammen zu betrachten. Die Industrieproduktion war in diesem Zeitraum geringfügig niedriger als im bereits schwachen zweiten Quartal. Die Auftragslage hellte sich aber etwas auf. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen lagen nur geringfügig über dem Niveau des zweiten Vierteljahres. Die Stimmung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe hat sich im September gemessen am ifo Konjunkturtest nach der Eintrübung im Vormonat aber wieder aufgehellt. Die Grundkonstitution des Baugewerbes bleibt gesund. Die überraschend verhaltene Entwicklung am Arbeitsmarkt zu Beginn des zweiten Halbjahres deutet jedoch auf eine langsamere Gangart im Dienstleistungsbereich hin. Alles in allem dürften die Impulse im zweiten Halbjahr weniger

ausgeprägt ausfallen. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte bleiben intakt.

Vor allem das außenwirtschaftliche Umfeld bleibt schwierig und das globale Wachstum zögerlich. Gemessen an der Industrieproduktion ist die Weltwirtschaft nach einer Belebung im zweiten Quartal schwach in das dritte Quartal gestartet. Im laufenden Jahr bewegte sich die industrielle Aktivität in den Industrieländern bislang allenfalls seitwärts, während Impulse vor allem von den Schwellenländern Asiens ausgingen. Insgesamt dürfte das diesjährige Wachstum der Weltwirtschaft etwas geringer ausfallen als im vergangenen Jahr. Der Internationale Währungsfonds geht gemäß seiner Prognose vom Oktober von einem Anstieg des globalen BIP von 3,1% in diesem und von 3,4% im Folgejahr aus. In den Vereinigten Staaten hat die Konjunktur im zweiten Quartal leicht angezogen. In Japan fiel das Wachstumstempo nach einer Beschleunigung im ersten Quartal jedoch wieder zurück. Auch im Eurogebiet verlangsamte sich das Wachstum im zweiten Quartal leicht. Die Wirtschaft im Vereinigten Königreich scheint sich weiter relativ robust zu entwickeln. In den Schwellenländern bleibt die konjunkturelle Lage heterogen. Für die rohstoffproduzierenden Schwellenländer zeichnet sich Licht am Ende des Tunnels ab. In den Schwellenländern Asiens bleibt das Wachstum hoch, auch wenn das Expansionstempo abnimmt. Die Abwärtsrisiken im außenwirtschaftlichen Umfeld bleiben angesichts vielfältiger Risiken erhöht.

Dennoch sind die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik im August um 5,5% deutlich gestiegen. In den Monaten Juli/August lagen sie geringfügig über dem Niveau des zweiten Quartals (+0,2%). Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen nahmen im August um 3,0% zu und zeigten sich auch in den Monaten Juli/August insgesamt stärker als im zweiten Quartal. Im August ergab sich beim Handel mit Waren und Dienstleistungen ein positiver Saldo in Höhe von 16,6 Mrd. Euro. Der Leistungsbilanzsaldo beziffert sich im August nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf 17,9 Mrd. Euro und damit 3,4 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Insgesamt deuten die Wachstumserwartungen für die wichtigsten Handelspartner auf eine nur moderate Verbesserung der deutschen Exportmöglichkeiten hin. Allerdings haben sich die Bestellungen aus dem Ausland nach einem Rückgang im zweiten Quartal etwas erholt.

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 14. Oktober 2016 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im Jahresverlauf bisher nur verhalten entwickelt. Im August konnte die Industrieproduktion zwar kräftig um 3,3% ausgeweitet werden, insbesondere im Bereich der Investitionsgüter. Dies war die erwartete Gegenreaktion auf den schwachen Juli, der überdurchschnittlich stark durch die diesjährige Lage der Werksferien belastet war. Im Durchschnitt der Monate Juli und August lagen sowohl die Industrieproduktion als auch die Umsätze dennoch leicht unter dem Niveau des zweiten Quartals. Gleichwohl gibt es Signale einer allmählichen Belebung der Industriekonjunktur. So zogen die Auftragseingänge zuletzt etwas an und auch die Stimmung in den Unternehmen hat sich aufgehellt. Die ifo Geschäftserwartungen für das Verarbeitende Gewerbe kletterten im September auf den höchsten Stand seit einhalb Jahren. Die Bauproduktion fiel im August etwas schwächer aus als im Vormonat, dürfte sich aber angesichts der anhaltend positiven Rahmenbedingungen und der kräftigen Entwicklung der Auftragseingänge und Baugenehmigungen weiter dynamisch entwickeln.

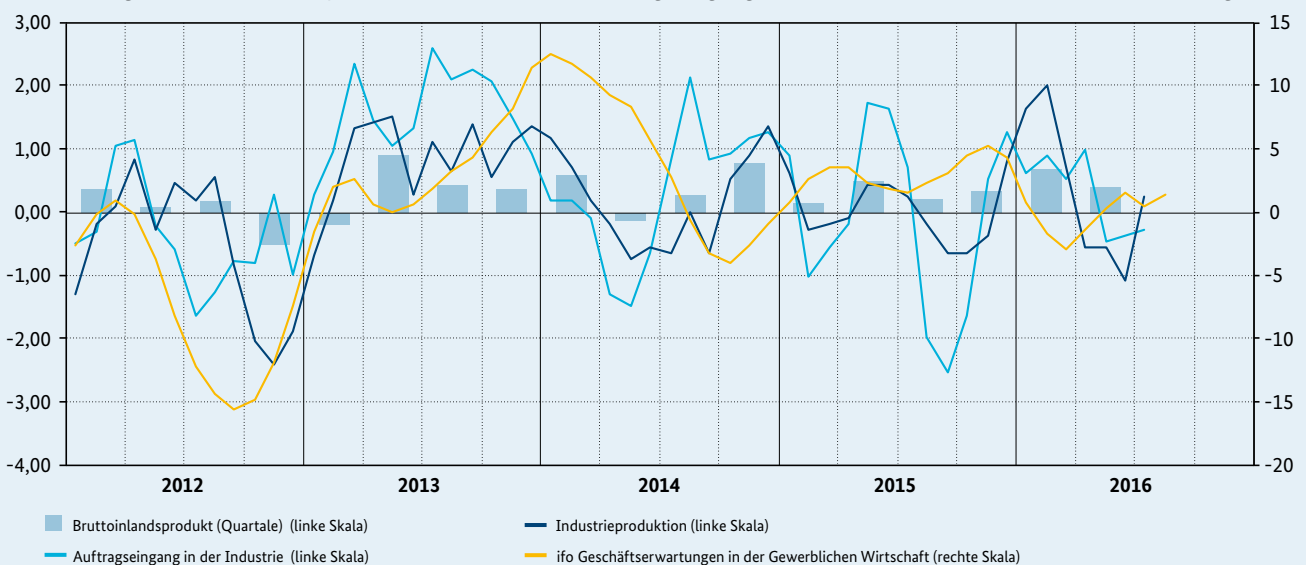
Der private Konsum bleibt wichtige Stütze der Konjunktur. Gemäß der aktuellen Herbstprojektion der Bundesregierung werden die privaten Konsumausgaben in diesem Jahr preisbereinigt um 1,7% zunehmen und damit erneut einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten. Die Umsätze im Einzelhandel sind im August aller-

dings etwas schwächer ausgefallen als im Vormonat und auch der Kfz-Handel hat etwas an Dynamik verloren. Das Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich im September aber wieder spürbar erholt. Die positive Situation am Arbeitsmarkt, der nach wie vor geringe Preisauftrieb und die gute Einkommensentwicklung – nicht zuletzt auch aufgrund der Rentenanpassungen im Juli – sorgen für eine anhaltend hohe Kauflaune der Verbraucher.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv, die Entwicklung war aber zuletzt uneinheitlich. Die Erwerbstätigkeit stieg im August auf 43,7 Mio. Personen. Dies bedeutet eine Zunahme um 1,2% gegenüber dem Vorjahr. Der Aufbau bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wurde am aktuellen Rand aber unterbrochen. Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im September nach der Sommerpause wieder auf 2,61 Mio. Personen; saisonbereinigt blieb sie nahezu unverändert. Die Unterbeschäftigung, die auch Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfasst, steigt seit einigen Monaten leicht an. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit mit zunehmendem Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt abschwächen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Vom Arbeitsmarkt gehen daher weiterhin positive Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quelle: StBA, BBk, ifo Institut

Bundesregierung nimmt neu Maß

Im Rahmen ihrer Strategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ hat die Bundesregierung einen umfangreichen Bericht zur Lebensqualität vorgelegt.

Am 26. Oktober hat das Kabinett den Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland verabschiedet. Damit kommt die Bundesregierung dem Auftrag des Koalitionsvertrages nach und legt eine breite Bestandsaufnahme zur Lebensqualität in Deutschland vor. Der Bericht präsentiert 46 Indikatoren, die in zwölf Dimensionen des guten Lebens gegliedert sind. Die Ergebnisse basieren auf einem breiten und ergebnisoffenen Bürgerdialog.



Dass Wirtschaftswachstum eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für ein gutes Leben darstellt, ist keine neue Erkenntnis. So wurde bereits im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz des Jahres 1968 das Wirtschaftswachstum als eines von mehreren wirtschaftspolitischen Zielen verankert, die zum Teil im Konflikt zueinander stehen und deshalb schwer gleichzeitig zu erreichen sind. Doch auch die Kombination mehrerer makroökonomischer Kennzahlen, wie sie etwa im so genannten magischen Viereck angelegt ist, vermag allein kein umfassendes Bild der Lebenslage einer Gesellschaft zu vermitteln und war auch nie darauf ausgerichtet. Im Zuge der 1970er und 1980er Jahre traten zudem deutlich fundamentalere Konflikte, etwa zu sozialen und ökologischen Zielen, in den Vordergrund sowohl der politischen als auch der sozialwissenschaftlichen Debatten. Aus dieser Zeit stammen nicht nur zahlreiche Sozialindikatoren, sondern auch die Grundlagen der heutigen Umweltberichterstattung. Trotz zahlreicher neuer Ansätze der Wohlfahrtsmessung konnte sich in Deutschland aber kein Konzept in Form eines regierungsamtlichen Wohlstandsberichts durchsetzen.

Jenseits des Bruttoinlandsprodukts

Seit den späten 2000er Jahren hat die Debatte zur Messung von Lebensqualität und Fortschritt erneut Fahrt aufgenommen, wobei die Höhe des Wirtschaftswachstums wieder als Kristallisationspunkt dient. Die Finanzmarkt- und Schuldenkrise der Jahre 2008 und 2009 und die in vielen Ländern zunehmende materielle Ungleichheit haben die Diskussion zusätzlich befeuert. Für Teile der Öffentlichkeit stellt sich die Frage, ob zusätzliches Wirtschaftswachstum in entwickelten Volkswirtschaften überhaupt noch zur Lebensqualität beiträgt. Viele betonen die mittel- und langfristigen ökologischen Folgen eines allein auf Wirtschaftswachstum fokussierten Wohlstandsmodells und sehen es als notwendig an, dass neben dem materiellen Wohlstand andere Aspekte wie Gesundheit, Bildungschancen, Zugang zu kulturellen Gütern, Freiheit oder sozialer Zusammenhalt systematisch gemessen und stärker berücksichtigt werden. Eine derart differenzierte Wohlfahrtsmessung mache es möglich, das Wirtschaftswachstum nachhaltiger und inklusiver auszurichten. Dies entspricht auch der Position vieler internationaler Institutionen, allen voran der Organisation



für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Vereinten Nationen (VN), der Weltbank und der Europäischen Kommission.

Auch in Deutschland hat das Thema Lebensqualität in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den letzten Jahren deutlich an Aufmerksamkeit gewonnen. Zwischen 2011 und 2013 diskutierte die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ die Frage einer zeitgemäßen Wohlfahrtsmessung intensiv und legte einen umfangreichen Schlussbericht vor. Neben vielen grundsätzlichen und fachlichen Erwägungen schlug die Kommission ein System zur Messung des gesellschaftlichen Wohlstands vor, die „W3-Indikatoren“. Dieser Indikatorensatz ordnet zehn Indikatoren drei Wohlfahrtsdimensionen zu: einer materiellen, einer sozialen und einer ökologischen Dimension. Der Bundestag forderte die Bundesregierung auf, zu prüfen, inwiefern die Ergebnisse der Enquete-Kommission in ihr bestehendes Berichtswesen eingepasst werden können.

Mit der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ rückt die Bundesregierung die Lebensqualität in den Fokus ihres Regierungshandelns und kommt dem Ersuchen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und des Bundestages nach. Dabei versteht die Bundesregierung Lebensqualität

als Leitbegriff einer Politik, die ökonomische, soziale und ökologische Ziele gleichzeitig verfolgt. Der am 26. Oktober vom Bundeskabinett verabschiedete Bericht zur Regierungsstrategie zielt darauf, die unterschiedlichen Aspekte von Lebensqualität in ihren sich positiv verstärkenden wie konkurrierenden Wechselbeziehungen sichtbar zu machen. Aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive bedeutet dies, die Qualität des Wirtschaftswachstums noch stärker in den Blick zu nehmen. So gilt es im Interesse der gesellschaftlichen Lebensqualität neben einem angemessenen quantitativen Wirtschaftswachstum auch ein qualitativ hochwertigeres, weil inklusiveres oder ökologisch tragfähigeres Wirtschaftswachstum anzustreben (s. Jahreswirtschaftsbericht 2016, S. 61ff.).

Bundesregierung geht bei der Auswahl der Indikatoren neue Wege

Doch an welchen Kennzahlen jenseits des Bruttoinlandsproduktes sollte sich die Politik genau orientieren? Klar ist, dass es keinen abgeschlossenen, feststehenden Katalog von Wohlfahrtsdimensionen und Kriterien, die für eine ganze Gesellschaft und alle ihre Mitglieder relevant sind, geben kann. Was konkret unter Lebensqualität verstanden wird, ist abhängig von der jeweiligen Zeit und von individuellen Präferenzen. Um die wesentlichen Aspekte zu identifizieren, die die Lebensqualität der Gesellschaft heute ausmachen,

war es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger in die Auswahl der Indikatoren eng miteinzubeziehen. Die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ stellte daher einen halbjährigen Konsultationsprozess an den Anfang des Projektes.

Um mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog zum Thema Lebensqualität zu treten, hat die Bundesregierung eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen um Unterstützung gebeten. Insgesamt konnten zwischen April und Oktober 2015 in allen Bundesländern, in Großstädten ebenso wie in vielen kleineren Gemeinden, über 200 Bürgerdialoge durchgeführt werden. Zudem konnten sich die Bürgerinnen und Bürger über die Webseite www.gut-leben-in-deutschland.de beteiligen und individuelle Antworten auf die Leitfragen des Dialogs geben: „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ und „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“. Auch über Postkarten und Coupons, die bei Großveranstaltungen verteilt oder auflagenstarken Zeitschriften beigelegt wurden, war eine Teilnahme möglich. Insgesamt haben sich rund 15.750 Menschen am Bürgerdialog über die Lebensqualität in Deutschland beteiligt. Wenngleich dieser Ausschnitt der Gesellschaft nicht im streng wissenschaftlichen Sinne als repräsentativ für die gesamte Gesellschaft gelten darf, so geben die Ergebnisse doch einen guten Einblick und setzen den Grundstein für zukünftige, ggf. repräsentativere Erhebungen.

Was sagen die Bürgerinnen und Bürger?

Für viele Beobachter dürften die Ergebnisse des Bürgerdialogs nicht allzu überraschend ausgefallen sein. Was es zu einem guten Leben braucht, liegt eigentlich auf der Hand: Frieden, Gesundheit, einen guten und sicheren Arbeitsplatz. Auch ein stabiles Netz aus Freunden und Familie und ein gewisses Maß an finanziellem Wohlstand sind zweifellos grundlegend für ein erfülltes Leben. Aber genau darin, in der expliziten Benennung von Themen und Präferenzen liegt der Mehrwert des Berichts. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die im Bürgerdialog besonders häufig genannten Aspekte von Lebensqualität.

Abgesehen von einigen Themen, die aufgrund der aktuellen Ereignisse des Jahres 2015 besonders intensiv diskutiert wurden (z. B. Willkommenskultur und Integration), stimmen die Inhalte und auch die relative Häufigkeit der Nennungen im Wesentlichen mit repräsentativen Befragungen, wie sie etwa im Rahmen des Sozioökonomischen Panels durchgeführt werden, überein. Aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive erscheint bemerkenswert, dass die Bürger der Wirtschaft bzw. der wirtschaftlichen Entwicklung zwar wenig Bedeutung beimessen, wohingegen Aspekte wie die Höhe der Bezahlung, der Zugang zu Gesundheitsleistungen, der Wohnraum und die Sicherheit der Arbeitsplätze als sehr relevant empfunden werden. Die teils kriti-

Abbildung 1: Häufig genannte Aspekte im Bürgerdialog



sche Haltung der Öffentlichkeit gegenüber dem Ziel des Wirtschaftswachstums, aber auch gegenüber konkreten wirtschaftspolitischen Projekten dürfte somit in Teilen schlicht der Abstraktheit der volkswirtschaftlichen Kennzahlen bzw. der zugrunde liegenden Prozesse geschuldet sein.

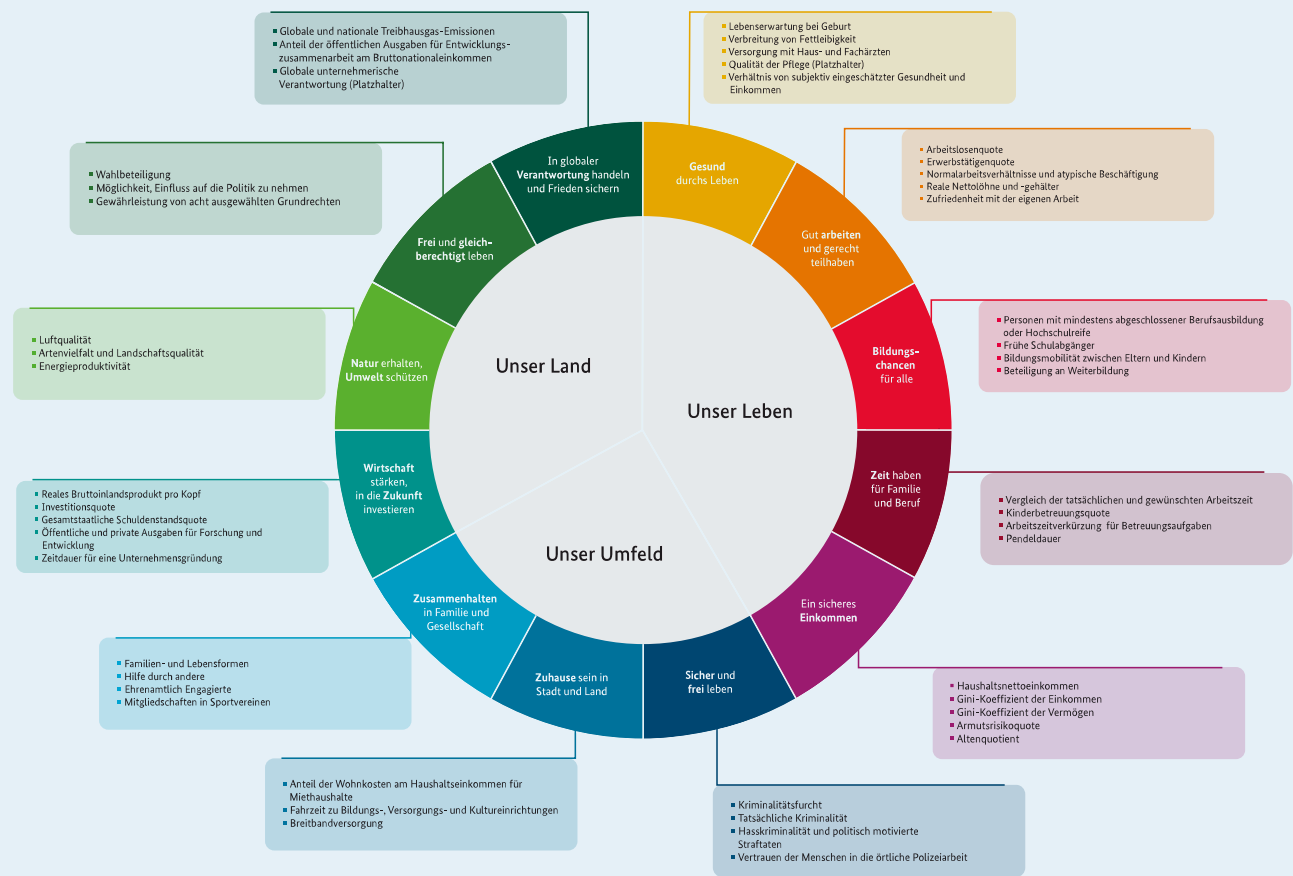
Zwölf Dimensionen, 46 Indikatoren

Auf der Basis der Ergebnisse des Bürgerdialogs hat die Bundesregierung – angereichert durch Forschungsergebnisse und unter Berücksichtigung bestehender Berichts- und Indikatoren-Systeme – zwölf Dimensionen der Lebensqualität und 46 Indikatoren ausgewählt. Die zwölf Dimensionen lassen sich in die Bereiche der unmittelbaren Lebensumstände („Unser Leben“), der Lebenswelt der Menschen („Unser Umfeld“) und in die nationalen und globalen Rah-

menbedingungen gliedern („Unser Land“). So fallen in den Bereich „Unser Leben“ etwa die Gesundheit, die Erwerbsarbeit oder die Einkommenssituation der Menschen, also Dimensionen, die direkt auf die Ebene der einzelnen Personen bzw. Haushalte angesiedelt werden können (s. Abbildung 2).

Zentrales Auswahlkriterium für die Indikatoren war der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf das, was Lebensqualität für sie selbst, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes bedingt. Insofern ging es vor allem darum, Indikatoren auszuwählen, die sich durch eine gewisse Bürger- und Alltagsnähe auszeichnen. Daher verzichtet der Bericht weitgehend auf so genannte Input-Indikatoren, d. h. Messgrößen, die finanzielle Aufwendungen für bestimmte Zwecke und nicht die erzielten Ergebnisse erfassen. Exemplarisch lässt sich dies an den Indikatoren zum Lebensumfeld illustrieren. So sind beispielsweise die Ausgaben des Bundes für die Ver-

Abbildung 2: Indikatoren



Die genaue Operationalisierung der einzelnen Inhalte kann den jeweiligen Kapiteln des Berichts entnommen werden.

Quelle: Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland



kehrinfrastruktur eine mögliche Messgröße für Mobilität. Für die Bürgerinnen und Bürger ist jedoch entscheidend, wie gut wichtige Bildungs-, Versorgungs- und Kultureinrichtungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem eigenen Fahrzeug erreicht werden können. Nicht immer standen Daten zur Verfügung, um das Kriterium der Bürgernähe zu erfüllen. Teils war diese Perspektive auch nicht die aussagekräftigste für ein Thema. Ein grundsätzlicher Wechsel hin zur Perspektive der Bürgerinnen und Bürger ist gegenüber vorhandenen Berichts- und Indikatoren-Systemen aber erkennbar.

In der großen Mehrzahl der Fälle wurden objektiv messbare Indikatoren verwendet. Vereinzelt wurden aber auch subjektive Indikatoren, die die individuellen Wahrnehmungen befragter Bürgerinnen und Bürger wiedergeben, herangezogen, etwa beim Thema der inneren Sicherheit (Indikator Kriminalitätsfurcht). Für die meisten Inhalte, die den Bürgerinnen und Bürger wichtig waren, konnte eine Operationalisierung durch bestimmte Indikatoren vorgenommen werden. In zwei Fällen stehen Platzhalter für wichtige Aspekte von Lebensqualität, zu denen derzeit noch keine geeigneten Messgrößen vorliegen (Qualität der Pflege und globale unternehmerische Verantwortung).

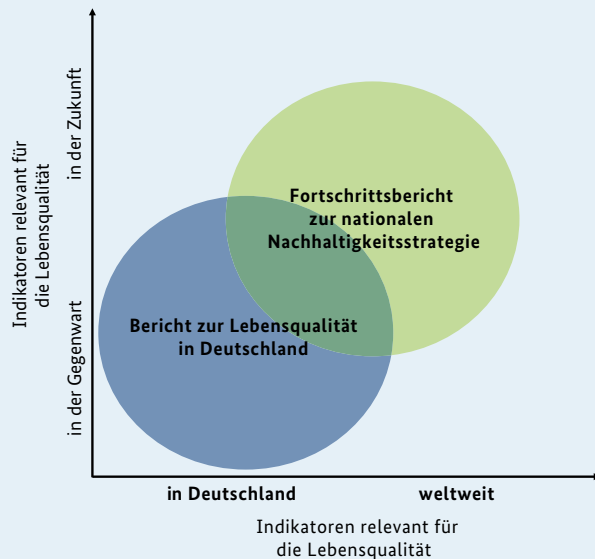
Alle Dimensionen und Indikatoren stehen grundsätzlich gleichberechtigt nebeneinander, d. h. die Bundesregierung nimmt bewusst keine Hierarchisierung, Gewichtung oder Aggregation vor. Dies führt auch dazu, dass der Bericht keine gesamtheitlichen Aussagen zum Stand der Lebensqualität in Deutschland enthält. Es findet also weder ein

Vergleich der allgemeinen Lebensqualität über die Zeit noch mit anderen Nationen statt. Um konkrete politische Handlungsbedarfe zu ermitteln, ist es aber ohnehin zweckmäßiger, einzelne Aspekte von Lebensqualität im Zeitablauf zu beobachten bzw. international zu vergleichen.

Einige Querschnittsthemen betreffen mehr als eine Dimension von Lebensqualität. Dazu gehören Freiheit, Gerechtigkeit, die Gleichstellung von Frau und Mann, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, regionale Unterschiede der Lebensqualität in Stadt und Land sowie das Thema der Nachhaltigkeit. Diese Querschnittsthemen werden im vorliegenden Bericht einerseits durch die soziodemografische Differenzierung zahlreicher Indikatoren abgebildet. Beispielsweise werden bei der Erwerbstätigkeit und mehreren Bildungsindikatoren Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden. Andererseits gibt es auch einige Indikatoren, die einzelne Querschnittsthemen direkt aufgreifen, beispielsweise die Bildungsmobilität zwischen Generationen.

Die Gesamtschau über das Indikatoren-System macht thematische Schnittstellen und inhaltliche Zusammenhänge deutlich und ermöglicht eine sorgfältige Situationsanalyse sowie fundierte Diskussion über vordringliche Handlungsfelder. Dies gilt insbesondere deshalb, weil einige Indikatoren in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Maßnahmen, die sich positiv auf einen Indikator auswirken, können einen anderen Indikator negativ beeinflussen. Zudem ist die Gewichtung von Bedürfnissen in einer Gesellschaft Teil des demokratischen Prozesses.

Abbildung 3: Zum Verhältnis zwischen dem Bericht zur Lebensqualität und dem Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung



Quelle: BMWi

Noch'n Bericht? – Beziehung zur Nachhaltigkeitsstrategie

Der Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland stellt nicht nur eine in seiner Komposition originäre und weitreichende Bestandsaufnahme wesentlicher Wohlfahrtsindikatoren dar, er ist auch sehr bürgernah aufbereitet und somit für ein breites Publikum zugänglich. Er zeigt viele thematische Schnittstellen auf und spiegelt die wachsende Komplexität der Herausforderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wider. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer engen ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Zwar werden viele Inhalte in vielen themenspezifischen Berichten der Bundesregierung detaillierter und ausführlicher dargelegt. Der nunmehr vorliegende Bericht trägt jedoch dazu bei, die Vielzahl der politischen Ziele und auch die damit einhergehenden Konflikte aufzuzeigen. Darüber hinaus macht der Bericht deutlich, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland nicht allein auf wirtschaftliches Wachstum – eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts – gerichtet ist, sondern Lebensqualität und Wohlstand der Bevölkerung breit in den Blick nimmt. Dabei gibt der Bericht einen guten Überblick über wesentliche Orientierungsgrößen und Politikbereiche. Im Idealfall können die enthaltenen Indikatoren auch dazu beitragen, den Erfolg von Maßnahmen messbarer zu machen. Nicht zuletzt soll durch den Bericht der gesellschaftliche Diskurs über die Lebensqualität in Deutschland weiter angeregt und verstetigt werden.

Der Bericht zur Lebensqualität enthält Parallelen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung der Bundesregierung. So entsprechen viele Indikatoren des Berichts zur Lebensqualität in Deutschland den Indikatoren, anhand derer die Bundesregierung die nachhaltigen Entwicklungsziele der VN im nationalen Kontext konkretisiert. Wesentliche Unterschiede ergeben sich aber daraus, dass der Bericht zur Lebensqualität in Deutschland vornehmlich Indikatoren enthält, die Auskunft über das Leben im „Hier und Jetzt“ geben, wohingegen die Nachhaltigkeitsberichterstattung naturgemäß Indikatoren verwendet, die entweder stark zukunftsgerichtet sind oder stärker in den Kontext internationaler bzw. globaler Herausforderungen gestellt werden (s. Abbildung 3).

Beide Perspektiven sind zweifellos wichtig und notwendig, um kurzfristige politische Antworten zu vermeiden. Die Bundesregierung hat durch den Bericht zur Lebensqualität einen neuartigen und vielversprechenden Beitrag zur Diskussion um Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt geleistet.

Details zu den **Ergebnissen des Bürgerdialogs** sowie Hintergrundinformationen enthält die **Dokumentation** zur Regierungsstrategie. Eine weitere Vertiefung ermöglicht der **Abschlussbericht** der wissenschaftlichen Auswertung des Bürgerdialogs.

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen Lebensqualität, Dialogprozesse und Indikatoren-Forschung bieten die **Beiträge des wissenschaftlichen Beirats der Regierungsstrategie**. Sie beleuchten den historischen Hintergrund der Diskussion und zeigen, wie vielschichtig und komplex die Erfassung und Messung von Lebensqualität ist.

Die Links zur Dokumentation, zum Abschlussbericht sowie zu den Beiträgen des wissenschaftlichen Beirats finden sich unter: www.gut-leben-in-deutschland.de/static/LB/ueber-den-bericht

Ein **digitaler Bericht und das Indikatoren-System** findet sich auf der Webseite www.gut-leben-in-deutschland.de. Beide laden zur aktiven Nutzung ein, auch auf mobilen Endgeräten.

Kontakt: Johannes Vatter
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Deutsche Wirtschaft: Auf Kurs in schwierigem Fahrwasser

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, hat am 7. Oktober 2016 die Herbstprojektion der Bundesregierung vorgestellt.¹ Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumspfad. Für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent und auch für die kommenden beiden Jahre zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab.² Konjunkturmotoren bleiben die Binnenwirtschaft und die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt. Vom Außenhandel sind dagegen aufgrund der schwachen Weltkonjunktur (zunächst) kaum Impulse zu erwarten.



Das Wichtigste in Kürze

Seit der Frühjahrsprojektion vom April 2016 hat sich das weltwirtschaftliche Umfeld etwas weiter eingetrübt. Nicht zuletzt die Brexit-Entscheidung hat die außenwirtschaftlichen Perspektiven belastet. Aber auch in den Vereinigten Staaten hat sich das Wachstum zwischenzeitlich merklich verringert. Die konjunkturelle Entwicklung in den Schwellenländern hat sich stabilisiert, bleibt aber verhalten. Die deutsche Binnenwirtschaft erweist sich hingegen als erfreulich robust. Insbesondere der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter dynamisch. Die Erwerbstätigkeit wird auch in den kommenden Jahren Beschäftigungsrekorde erzielen. Dies ermöglicht substanzielle Lohnsteigerungen und somit steigende Einkommen. Zusammen mit moderaten Preissteigerungsraten wird der private Konsum stimuliert und bleibt die wichtigste Wachstumsstütze. Zunehmende Einkommen und das geringe Zinsniveau beflügeln die Investitionen der

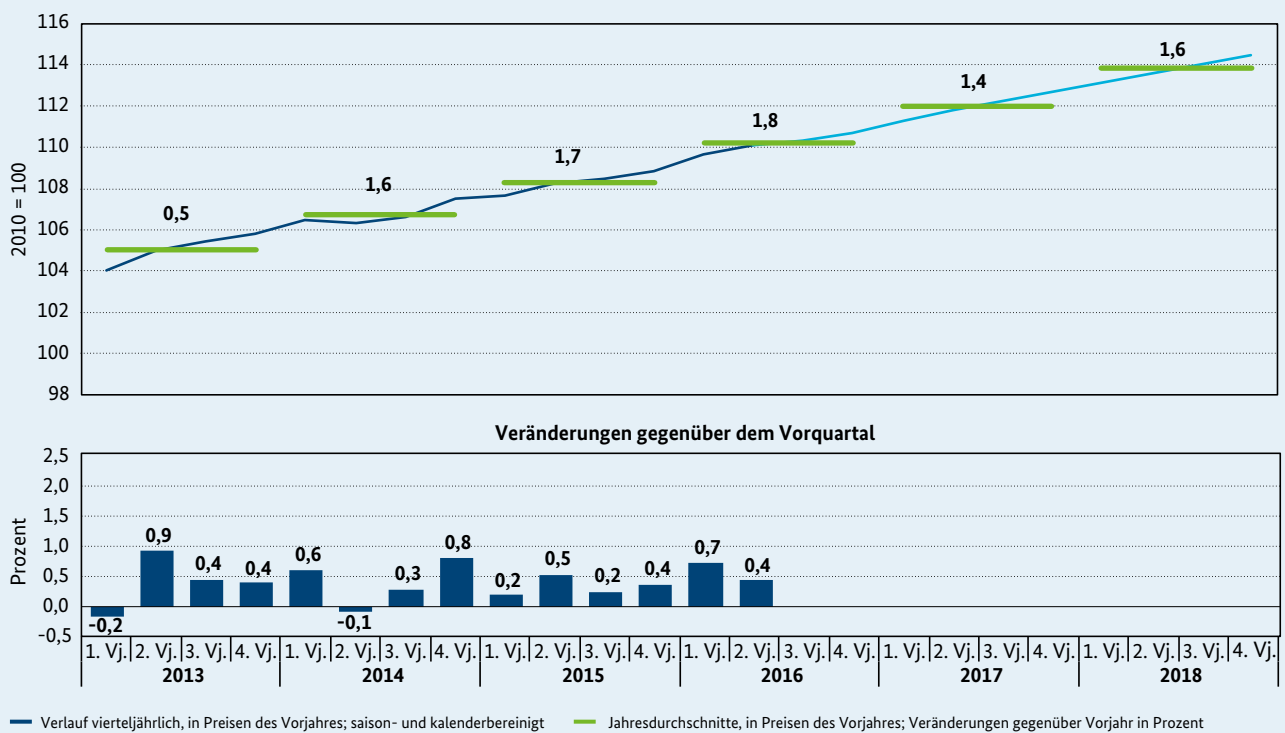
privaten Haushalte in Wohnbauten. Auch von der Finanzpolitik gehen deutlich expansive Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Dazu tragen unter anderem die zusätzlichen Ausgaben zur Bewältigung der hohen Flüchtlingszuwanderung bei, aber auch die Mittel für öffentliche Investitionen wurden außerordentlich ausgeweitet. Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen werden aufgrund der eingetrübten außenwirtschaftlichen Absatzperspektiven sowie der damit gesteigerten Unsicherheit hingegen zunächst nur zögerlich ausgeweitet. Alles in allem kommen die wesentlichen Impulse für das Wachstum – rechnerisch betrachtet – aus dem Inland. Zusammengenommen dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr preisbereinigt um 1,8 Prozent zunehmen. Im kommenden Jahr wird mit einem Wachstum von 1,4 Prozent gerechnet, für das Jahr 2018 mit 1,6 Prozent. Das niedrigere Wachstum im Jahr 2017 spiegelt keine konjunkturelle Abschwächung wider. Es ist die rechnerische Folge einer unterschiedlichen

- 1 Die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion bilden die Grundlage für die Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2016 in Nürnberg. Als gemeinsamer Orientierungsrahmen dienen sie der Aufstellung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Die Schätzung des Produktionspotenzials und die Mittelfristprojektion liefern die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen für die Berechnung des zulässigen Verschuldungsspielraums gemäß der in der Verfassung verankerten Schuldenregel.
- 2 Die Bundesregierung veröffentlicht erstmalig eine detaillierte Kurzfristprojektion für das übernächste Jahr. Dies entspricht den Anforderungen der Haushalts- und Finanzplanung. Die Unsicherheit der Projektion erhöht sich mit zunehmendem Zeithorizont.

Anzahl an Arbeitstagen. Berücksichtigt man dies, ist das Wachstum mit 1,8 Prozent im Jahr 2016 und je 1,6 Prozent in den Jahren 2017 und 2018 deutlich stetiger (siehe Tabellen 1 und 2). Die Bundesregierung ist mit ihrer Projektion damit etwas vorsichtiger als die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom 29. September, die für das Jahr 2016 ein etwas höheres Wachstum von 1,9

Prozent prognostizieren.³ Risiken für die konjunkturelle Entwicklung bestehen vor allem im außenwirtschaftlichen Umfeld. Je nach Verlauf der weiteren Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union könnte der Brexit-Prozess zu Unsicherheit bei den Marktteilnehmern führen und den Welthandel stärker belasten als unterstellt.

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (Herbstprojektion 2016)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Herbstprojektion 2016 der Bundesregierung

Tabelle 1: Technische Details zur Projektion des Bruttoinlandsprodukts

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|--------------------------------|------------|------------|------------|
| | in Prozent bzw. Prozentpunkten | | | |
| Jahresdurchschnittliche BIP-Rate | 1,7 | 1,8 | 1,4 | 1,6 |
| Statistischer Überhang am Ende des Jahres ¹ | 0,5 | 0,5 | 0,6 | 0,6 |
| Jahresverlaufsrate ² | 1,3 | 1,7 | 1,8 | 1,6 |
| Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt | 1,5 | 1,8 | 1,6 | 1,6 |
| Kalendereffekt ³ | 0,2 | 0,1 | -0,3 | 0,0 |

1 Saison- und kalenderbereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.
 2 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt.
 3 In Prozent des BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Herbstprojektion 2016 der Bundesregierung

3 Die Projektion der Bundesregierung liegt für das Jahr 2017 ungefähr in der Mitte (1,0 Prozent bis 1,7 Prozent) und für das Jahr 2018 eher am unteren Rand des Prognosespektrums (1,5 Prozent bis 2,1 Prozent).

Aktuelle Entwicklungen seit der Frühjahrsprojektion

Im Frühjahr ist die Bundesregierung noch von einem Wachstum von 1,7 Prozent in diesem Jahr ausgegangen. Insgesamt ist die Ausgangssituation aufgrund der Datenlage etwas günstiger als im Frühjahr angenommen. Das liegt zum einen daran, dass das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr mit +0,7 Prozent im ersten Quartal und +0,4 Prozent im zweiten Quartal kräftig gestiegen ist, zum anderen an Datenrevisionen des Statistischen Bundesamtes im August. Allerdings zeigt sich die Industrieproduktion im laufenden dritten Quartal wenig dynamisch. Auch die Auftragseingänge deuten nur auf eine moderate Belebung der Industriekonjunktur im weiteren Jahresverlauf hin. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich insgesamt gesehen erneut deutlich besser als erwartet – auch wenn sich die Entwicklung am aktuellen Rand etwas abgeschwächt hat. Das Brexit-Votum hat die Unsicherheit an den Finanzmärkten nur kurzfristig erhöht. Die Wachstumserwartungen für das Vereinigte Königreich wurden nach dem etwas überraschenden Votum allerdings deutlich und die für Europa leicht zurückgenommen. Die Weltwirtschaft und besonders die deutschen Absatzmärkte expandieren daher insgesamt langsamer als noch in der Frühjahrsprojektion erwartet. Auch sind Ölpreis und Wechselkurs des Euro zwar weiterhin niedrig, sie werden jedoch etwas höher angesetzt als noch im April (s. Kasten 1). Alles in allem erwartet die Bundesregierung daher im zweiten Halbjahr ein geringeres Wachstum als zuvor.

Kasten 1: Annahmen der Herbstprojektion 2016

In der Herbstprojektion wird davon ausgegangen, dass es u. a. im Zuge der Brexit-Entscheidung zu keinen negativen Entwicklungen kommt, in deren Folge die Verunsicherung im Projektionszeitraum sprunghaft steigt. Darüber hinaus wird angenommen, dass der Finanzsektor stabil bleibt und es zu keiner weiteren Eskalation der geopolitischen Risiken kommt. Alle bereits beschlossenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen sind in der Projektion berücksichtigt.

In Anlehnung an die Prognosen internationaler Organisationen wird für die Weltwirtschaft ein Wachstum in Höhe von drei Prozent für dieses, $3\frac{1}{4}$ Prozent für das Jahr 2017 und $3\frac{3}{4}$ Prozent für das Jahr 2018 erwartet.

Der Ölpreis wird als technische Annahme für den Projektionszeitraum aus den Terminnotierungen abgeleitet. Diese sind im weiteren Verlauf leicht aufwärtsgerichtet. Im Jahresdurchschnitt beläuft sich der Ölpreis der Sorte Brent damit auf rund 43 US-Dollar im Jahr 2016, 52 US-Dollar im Jahr 2017 und 54 US-Dollar im Jahr 2018. Die Wechselkurse werden im Projektionszeitraum mit ihren jeweiligen Durchschnitt der letzten sechs Wochen vor der Prognoseerstellung als konstant unterstellt. Für den Wechselkurs ergibt sich damit für alle drei Jahre ein Wert von 1,12 US-Dollar je Euro. Darüber hinaus wird angenommen, dass der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank bis zum Ende des Projektionszeitraums konstant bei 0,00 Prozent bleibt. Für die Herbstprojektion wurde darüber hinaus unterstellt, dass dieses Jahr 330.000 und in den Folgejahren 230.000 Flüchtlinge im EASY-System erfasst werden. Es handelt sich hierbei nicht um eine offizielle Prognose oder politische Zielsetzungen der Bundesregierung, sondern um eine rein technische Annahme, die für die Projektion erforderlich ist.

Außenwirtschaftliche Schwächephase

Im Projektionszeitraum dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft von drei Prozent allmählich auf $3\frac{3}{4}$ Prozent im Jahr 2018 beschleunigen. Dabei bleiben die Wachstumsperspektiven der einzelnen Regionen sehr heterogen. Die konjunkturelle Lage in den Schwellenländern hat sich stabilisiert. Insbesondere in den rohstoffexportierenden Ländern wie Brasilien und Russland wird mit einem Ende der Rezession gerechnet. In China dürfte sich das Wachstum allmählich verringern, dabei aber weiter über sechs Prozent liegen. Insgesamt dürften die Schwellenländer weiterhin deutlich stärker als die OECD-Länder wachsen. In den OECD-Ländern hat sich das Wachstum in diesem Jahr abgeschwächt. Dies lag vor allem an dem geringeren Wachstum in den Vereinigten Staaten. Das Wachstumstempo dürfte sich dort in den nächsten beiden Jahren etwas beschleunigen, aber eher moderat bleiben. Der Ausgang des Brexit-Referendums hat die Wachstumsperspektiven für das Vereinigte Königreich insbesondere im nächsten Jahr deutlich vermindert. Im Euroraum setzt sich das moderate Wachstum fort, auch wenn sich durch den Brexit die Wachstumserwartungen für das kommende Jahr etwas eingetrübt haben. Der niedrige Wechselkurs stützt die Exporte weiterhin. Insgesamt lässt das schwache Wachstum auf den wichtigsten deutschen Absatzmärkten nur ein sehr moderates Exportwachstum

zu. Für das laufende Jahr wird mit einem moderaten Zuwachs der Exporte von Waren und Dienstleistungen in Höhe von preisbereinigt 2,3 Prozent und im Jahr 2017 in Höhe von 2,1 Prozent gerechnet. Vor dem Hintergrund annahmegemäß etwas verbesserter weltwirtschaftlicher Perspektiven dürften die Exporte im Jahr 2018 mit 3,9 Prozent etwas dynamischer zunehmen. Viele Bereiche der Binnenwirtschaft sind nur geringfügig von der außenwirtschaftlichen Schwäche betroffen und setzen ihr robustes Wachstum fort. Dies lässt die Importe in allen Jahren des Projektionszeitraums schneller steigen als die Exporte. Die preisbereinigten Importe nehmen in diesem Jahr um 2,5 Prozent, im Jahr 2016 um 3,0 Prozent und im Jahr 2018 um 4,9 Prozent zu. Dies ermöglicht unseren Handelspartnern zusätzliche Exportchancen und fördert die konjunkturelle Erholung in Europa. Vom Außenhandel gehen daher für die deutsche Volkswirtschaft im Projektionszeitraum rein rechnerisch per Saldo kaum Impulse aus.

Auch in diesem Jahr dürfte sich durch den Rückgang der Importpreise, insbesondere für Rohstoffe, ein positiver Terms-of-Trade-Effekt ergeben. Dies lässt den Leistungsbilanzüberschuss in diesem Jahr auf 8,9 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt steigen. Bei gleichmäßiger Entwicklung der Im- und Exportpreise und annähernd neutralem Wachstumsbeitrag des Außenhandels dürfte der Leistungsbilanzüberschuss auf 8,4 Prozent im Jahr 2017 und 8,2 Prozent im Jahr 2018 zurückgehen.

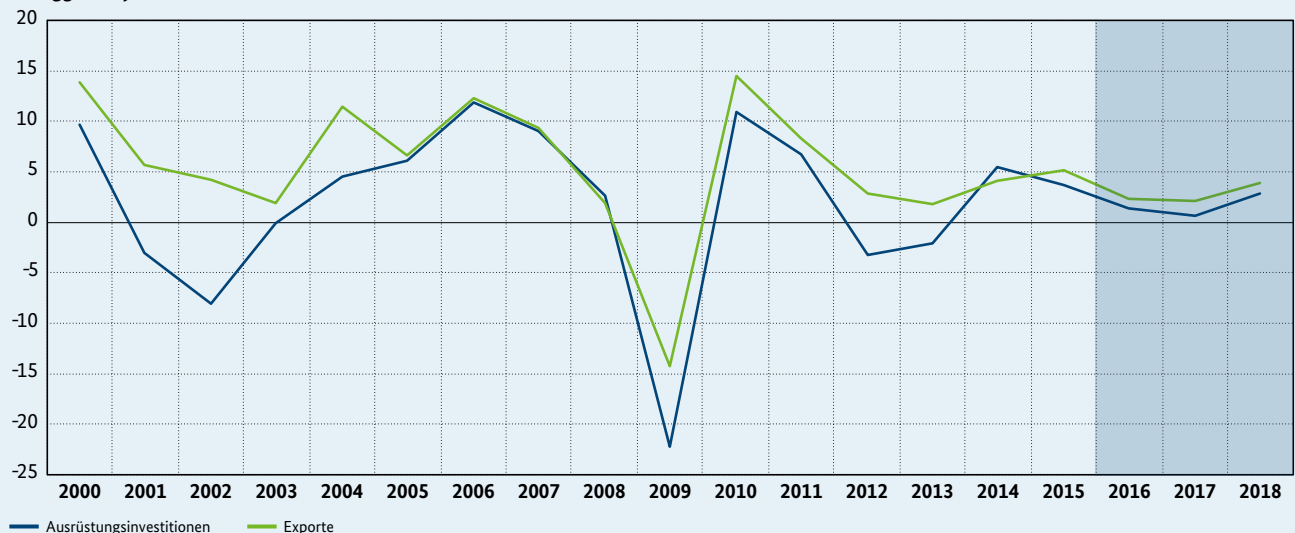
Dynamische Bauinvestitionen

Die Investitionen in Ausrüstungen sind stark durch die Entwicklung der Exporte beeinflusst (siehe Abbildung 2). Die gedämpften weltweiten Absatzmöglichkeiten lassen Produktion und Auslastung der Unternehmen nur geringfügig steigen. Erweiterungsinvestitionen werden daher nur zögerlich getätigt. Demnach nehmen die Ausrüstungsinvestitionen trotz günstiger Finanzierungsbedingungen in diesem Jahr um lediglich 1,4 Prozent und im nächsten Jahr nur um 0,7 Prozent zu. Mit anziehenden Exportmöglichkeiten im Jahr 2018 werden die Unternehmen ihre Investitionen in Ausrüstungen beschleunigt um preisbereinigt 3,5 Prozent ausweiten.

Die schwache Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen bremst auch die privaten Investitionen in Nichtwohnbauten wie z.B. Fabrikgebäude. Der private Nichtwohnungsbau dürfte daher nur sehr schwach expandieren. Im Wohnungsbau sind hingegen deutliche Zuwächse zu beobachten. Der starke Anstieg der Auftragseingänge im Baugewerbe sowie die nach wie vor guten Rahmenbedingungen lassen darauf schließen, dass auch zukünftig die Wohnbauinvestitionen kräftig ausgeweitet werden. Gleiches gilt für die staatlichen Bauinvestitionen. Die Bundesregierung hat im mittelfristigen Projektionszeitraum zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe für Infrastrukturinvestitionen bereitgestellt. Alles in allem steigen die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 3,3 Prozent, im Jahr 2017 um 2,7 Prozent und im Jahr 2018 um 3,5 Prozent.

Abbildung 2: Veränderung der realen Ausrüstungsinvestitionen und Exporte

in % ggü. Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt, Herbstprojektion 2016 der Bundesregierung

Insgesamt werden die Bruttoanlageinvestitionen in diesem Jahr um real 2,5 Prozent und im kommenden Jahr um 2,0 Prozent ausgeweitet. Im Jahr 2018 nehmen die Bruttoanlageinvestitionen kräftiger um 3,1 Prozent zu. Somit steigt die Investitionsquote – die nominalen Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – auf 20,5 Prozent im Jahr 2018.

Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter sehr dynamisch. Die Erwerbstätigkeit setzt ihren langjährigen Aufwärtstrend fort und wird in diesem Jahr erneut um über 500.000 Personen zunehmen. Auch in den Jahren 2017 und 2018 dürfte es beachtliche Beschäftigungserfolge geben. Damit steigt die Erwerbstätigkeit bis zum Jahr 2018 auf einen neuen Rekordwert von 44,3 Millionen Personen. Das sind noch einmal 1,3 Millionen Erwerbstätige mehr als noch im Jahr 2015.

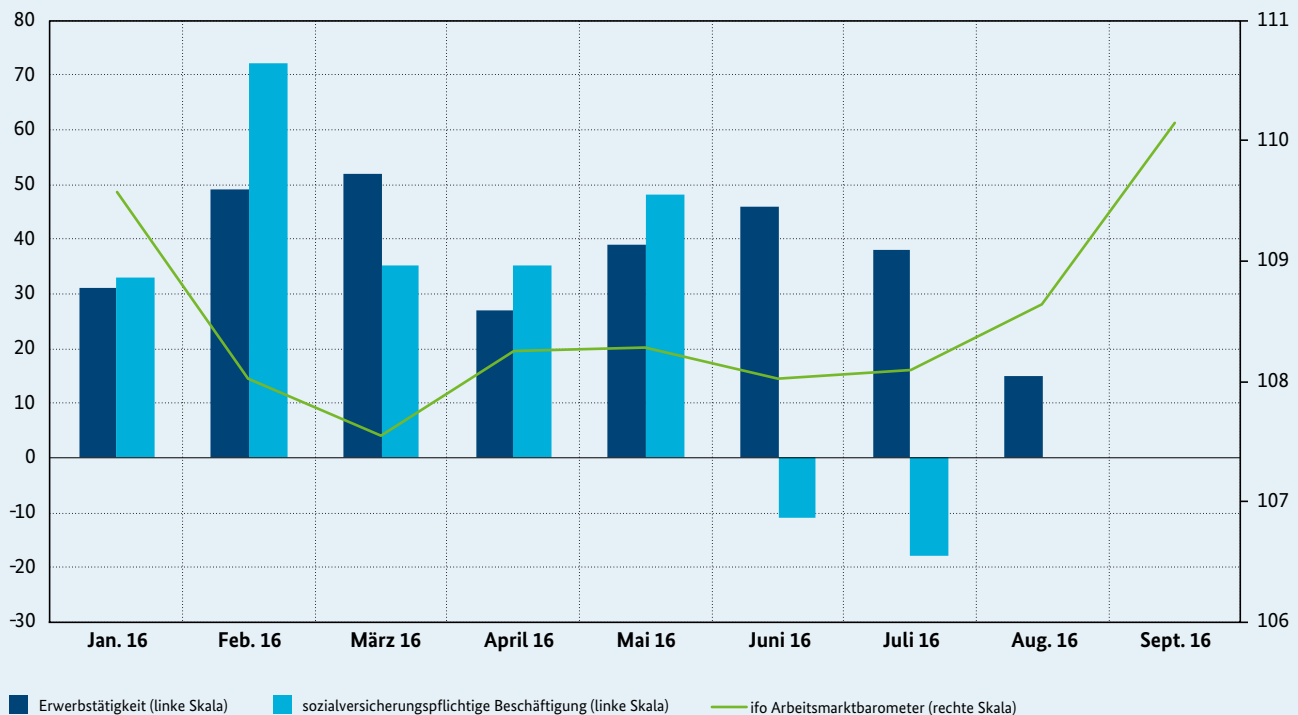
Vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird kräftig ausgeweitet. In den Sommermonaten gab es zwar einen Rückgang (s. Abbildung 3), der jedoch auch auf

Sondereffekte wie die diesjährige Konstellation der Ferientage zurückzuführen ist. Alle wichtigen Indikatoren, wie z.B. das ifo Beschäftigungsbarometer oder die hohe Zahl der offenen Stellen, deuten auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung hin. Gleichzeitig wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten, aber auch die Zahl der Selbständigen weiter rückläufig sein. Die maßgeblichen Beschäftigungsimpulse kommen weiterhin aus dem Dienstleistungssektor. Allein im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen dürften in den Jahren 2016 bis 2018 über eine halbe Million Beschäftigungsverhältnisse entstehen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen. Darin spiegelt sich auch die zunehmende Alterung der Gesellschaft wider. Die Industrie trägt angesichts ihrer stärkeren Abhängigkeit von der derzeit verhaltenen Weltkonjunktur nur in geringerem Maße zum Stellenaufbau bei.

Mit der positiven Entwicklung der Beschäftigung setzt sich auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit fort. In diesem Jahr wird die registrierte Arbeitslosigkeit um etwa 100.000 Personen sinken. Bis zum Jahr 2018 wird die Zahl der Arbeitslosen auf 2,63 Millionen Personen zurückgehen. Dies sind noch einmal etwa 160.000 Arbeitslose weniger als im Jahr 2015. Angesichts der vielen Flüchtlinge, deren Integration

Abbildung 3: Aktuelle Beschäftigungsentwicklung (saisonbereinigte Werte)

Veränderung ggü. Vormonat (in 1.000)



Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut, eigene Berechnungen des BMWi



in den Arbeitsmarkt trotz aller Anstrengungen eine große Herausforderung darstellen wird, ist dies erfreulich. Es zeigt, dass sich der Arbeitsmarkt in einer hervorragenden Verfassung befindet und weiterhin sehr aufnahmefähig ist.

Der Anstieg der Beschäftigung fällt dabei wie in den vergangenen Jahren stärker aus als der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der Beschäftigungsaufwuchs wird zu einem großen Teil aus Zuwanderung und einer höheren Erwerbsneigung von Frauen und Älteren gespeist. Über die Hälfte des Anstiegs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im letzten Jahr geht auf das Konto ausländischer Bürger. Ohne diese Effekte würde das Erwerbspersonenpotenzial aufgrund der demografischen Entwicklung bereits in den kommenden Jahren spürbar sinken und die Produktionskapazitäten begrenzen.

Kerninflation steigt langsam an

Seit Mitte 2014 haben sich die Preise für Rohöl am Weltmarkt, in US-Dollar notiert, mehr als halbiert. Diese Abwärtsbewegung dominierte lange Zeit die außergewöhnlich schwache Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus. Auch im Jahr 2016 ist dieser Effekt noch spürbar. Während die allgemeine Inflationsrate bei 0,4 Prozent liegen dürfte, wird die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) etwa

1,2 Prozent betragen. In den Jahren 2017 und 2018 wird der Ölpreis jedoch annahmegemäß etwas über dem Niveau von 2016 liegen. Demnach dürften die binnenwirtschaftlichen Faktoren für die Preisentwicklung bestimmend sein. Solide Lohnsteigerungen dürften in den Preisen für Dienstleistungen sichtbar werden. Die preisdämpfende Wirkung des Energie- und Rohstoffpreisverfalls auf die Warenpreise dürfte auslaufen. Somit dürften auch die Preise für Waren etwas stärker anziehen. Alles in allem werden die Verbraucherpreise zwar stärker als in den Vorjahren, aber mit 1,6 Prozent im Jahr 2017 und 1,7 Prozent im Jahr 2018 nur moderat steigen.

Solide Einkommenszuwächse

Angesichts der weiterhin guten Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften sich die Tarifvertragsparteien auf solide Lohnzuwächse einigen. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer steigen in diesem Jahr um 2,4 Prozent und in den kommenden beiden Jahren um jeweils 2,5 Prozent an. Aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs nehmen die Nettolöhne weniger stark zu als die Bruttogröße. Jedoch werden im kommenden Jahr Entlastungen beim steuerlichen Grundfreibetrag und beim Kinderfreibetrag positiv auf die Nettolöhne wirken. Die Zuwachsrate der Nettolöhne dürfte daher nur geringfügig unter derjenigen der

Bruttolöhne liegen. Die Nettoeinkommen je Arbeitnehmer steigen in diesem Jahr real um 1,5 Prozent. In den kommenden beiden Jahren nehmen sie trotz des höheren Preisniveaustiegs weiter zu, wenn auch mit 0,7 Prozent und 0,6 Prozent weniger stark. Die Rentenanpassungen und die hohe Nettozuwanderung lassen die monetären Sozialleistungen im Projektionszeitraum kräftig steigen. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte entwickeln sich nicht zuletzt aufgrund der Niedrigzinsphase zunächst noch schleppend. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nehmen somit in diesem Jahr um 2,5 Prozent, im kommenden Jahr um 2,8 Prozent und im Jahr 2018 um 2,9 Prozent zu.

Privater Konsum als Wachstumsmotor

Die Zunahme der privaten Konsumausgaben wird getragen von der guten Beschäftigung, den positiven Einkommenszuwächsen und der steigenden realen Kaufkraft der Konsumenten. Unter Berücksichtigung der niedrigen Inflationsraten erhöhen sich die privaten Konsumausgaben bei leicht sinkender Sparquote im Jahr 2016 um preisbereinigt 1,7 Prozent. Mit anziehender Teuerung nimmt der private Konsum in den kommenden beiden Jahren um 1,3 Prozent zu. Er liefert damit über den gesamten Prognosezeitraum wesentliche Wachstumsimpulse.

Deutsche Wirtschaft auch mittelfristig in guter Verfassung

Das Produktionspotenzial wird im mittelfristigen Projektionszeitraum (2016 bis 2021) um durchschnittlich 1 ½ Prozent pro Jahr wachsen. Dazu trägt auch die zuletzt hohe Nettozuwanderung bei, die sich auf das Arbeitskräftepotenzial auswirkt. Die Produktionslücke zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktionspotenzial ist ab dem Jahr 2018 weitgehend geschlossen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich während des gesamten Projektionszeitraums im Korridor der Normalauslastung.

Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld

Die dargestellte Basislinie der Herbstprojektion stellt aus heutiger Sicht den wahrscheinlichsten Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland dar. Diese Einschätzung ist naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Dies



gilt insbesondere für die Entwicklung im Vereinigten Königreich nach dem Brexit und dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Es wird angenommen, dass es u. a. im Zuge der Brexit-Entscheidung zu keinen negativen Entwicklungen kommt, in deren Folge die Verunsicherung abrupt steigt. Eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte, protektionistische Tendenzen, eine Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern sowie Risiken für die Finanzmarktstabilität – z. B. könnte eine Zinswende in den Vereinigten Staaten zu Kapitalbewegungen aus den Schwellenländern führen – zählen aus heutiger Sicht zu den Hauptrisikofaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Chancen für eine günstigere Entwicklung bestehen eher auf der binnenwirtschaftlichen Seite. Die beschlossenen Maßnahmen zur Erhöhung von Investitionen in Deutschland könnten stärker wirken als bisher angenommen. Im Euroraum könnte der Aufschwung im Zuge der sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik kräftiger ausfallen. Darüber hinaus könnten die derzeit expansiven Impulse – nicht zuletzt durch Rohölpreise, Wechselkurs, Zinsen und Wirtschaftspolitik – stärker wirken als angenommen.

Kontakt: Mathias Kesting
Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Eckwerte der Herbstprojektion 2016

| Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ¹ | 2015 | Herbstprojektion | | |
|--|------------|------------------|------------|------------|
| | | 2016 | 2017 | 2018 |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben | | | | |
| Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) | | | | |
| BIP (preisbereinigt) | 1,7 | 1,8 | 1,4 | 1,6 |
| Erwerbstätige (im Inland) | 0,9 | 1,2 | 1,0 | 0,8 |
| BIP je Erwerbstätigen | 0,8 | 0,6 | 0,4 | 0,8 |
| BIP je Erwerbstätigenstunde | 0,8 | 0,2 | 0,6 | 0,9 |
| nachrichtlich: | | | | |
| Erwerbslosenquote in % (ESVG-Konzept) ² | 4,3 | 4,0 | 4,0 | 3,9 |
| Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ² | 6,4 | 6,1 | 6,0 | 5,9 |
| Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen (nominal) | | | | |
| Konsumausgaben | | | | |
| Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck | 2,6 | 2,5 | 2,9 | 2,9 |
| Staat | 4,0 | 5,5 | 4,7 | 3,1 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 3,2 | 3,9 | 3,7 | 4,9 |
| Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro) | -20,2 | -34,1 | -36,0 | -35,7 |
| Inlandsnachfrage | 2,6 | 2,9 | 3,4 | 3,4 |
| Außenbeitrag (Mrd. Euro) | 229,5 | 250,5 | 248,6 | 249,2 |
| Außenbeitrag (in % des BIP) ⁷ | 7,6 | 8,0 | 7,7 | 7,5 |
| Bruttoinlandsprodukt (nominal) | 3,7 | 3,4 | 3,1 | 3,2 |
| Verwendung des BIP preisbereinigt (real) | | | | |
| Konsumausgaben | | | | |
| Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck | 2,0 | 1,7 | 1,3 | 1,3 |
| Staat | 2,7 | 3,7 | 2,3 | 1,7 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 1,7 | 2,5 | 2,0 | 3,1 |
| Ausrüstungen | 3,7 | 1,4 | 0,7 | 2,9 |
| Bauten | 0,3 | 3,3 | 2,7 | 3,5 |
| Sonstige Anlagen | 1,9 | 2,7 | 2,2 | 2,1 |
| Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³ | -0,5 | -0,4 | 0,0 | 0,0 |
| Inlandsnachfrage | 1,6 | 1,9 | 1,6 | 1,8 |
| Exporte | 5,2 | 2,3 | 2,1 | 3,9 |
| Importe | 5,5 | 2,5 | 3,0 | 4,9 |
| Außenbeitrag (Impuls) ³ | 0,2 | 0,1 | -0,1 | -0,1 |
| Bruttoinlandsprodukt (real) | 1,7 | 1,8 | 1,4 | 1,6 |
| Preisentwicklung (2010 = 100) | | | | |
| Konsumausgaben der privaten Haushalte ⁴ | 0,6 | 0,7 | 1,6 | 1,7 |
| Inlandsnachfrage | 0,9 | 1,0 | 1,8 | 1,6 |
| Bruttoinlandsprodukt ⁵ | 2,0 | 1,5 | 1,7 | 1,6 |
| Verteilung des Bruttonationaleinkommens (BNE) | | | | |
| (Inländerkonzept) | | | | |
| Arbeitnehmerentgelte | 3,7 | 3,7 | 3,5 | 3,3 |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen | 4,2 | 3,6 | 2,4 | 3,1 |
| Volkseinkommen | 3,8 | 3,6 | 3,2 | 3,3 |
| Bruttonationaleinkommen | 3,7 | 3,6 | 3,1 | 3,2 |
| nachrichtlich (Inländerkonzept): | | | | |
| Arbeitnehmer | 1,2 | 1,4 | 1,1 | 0,9 |
| Bruttolöhne und -gehälter | 3,9 | 3,8 | 3,6 | 3,4 |
| Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer | 2,7 | 2,4 | 2,5 | 2,5 |
| Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte | 3,1 | 2,5 | 2,8 | 2,9 |
| Sparquote in % ⁶ | 9,7 | 9,7 | 9,6 | 9,6 |

1 Bis 2015 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: August 2016.

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

4 Verbraucherpreisindex; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2015: 0,3%; 2016: 0,4%; 2017: 1,6%; 2018: 1,7%.

5 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2015: 1,6%; 2016: 1,6%; 2017: 2,0%; 2018: 1,5%.

6 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche.

7 Saldo der Leistungsbilanz: 2015: +8,4%; 2016: +8,9%; 2017: +8,4%; 2018: +8,2%.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Herbstprojektion 2016 der Bundesregierung

Neues Aktionsprogramm Digitalisierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Auf der Konferenz „Digitaler Wandel“ am 22. September 2016 in Berlin präsentierte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sein neues Aktionsprogramm Digitalisierung.

Bechtolsheim, Boekhout, Baas und viele mehr – die Liste der Redner auf der BMWi-Konferenz „Digitaler Wandel“ sorgte für neue Blickwinkel auf die Digitalisierung. Insbesondere Andreas von Bechtolsheim, Pionier im Silicon Valley, wies auf zentrale Voraussetzungen hin, die Deutschland für eine erfolgreiche Digitalisierung erfüllen müsse. Das BMWi nutzte die Konferenz als Gelegenheit, um dem Fachpublikum sein neues Aktionsprogramm Digitalisierung vorzustellen.



Aufmerksames Publikum bei der Keynote von Roland Boekhout, Vorstandsvorsitzender ING DiBa

Branchenübergreifende Diskussionen beleben das Geschäft

Die vom BMWi ausgerichtete High-Level-Konferenz „Digitaler Wandel – Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten in Finanzbranche, Gesundheitswesen und Contentwirtschaft“ verfolgte wie schon im Jahr 2015 den Ansatz, Teilnehmer branchenübergreifend miteinander ins Gespräch zu bringen. Im Kontext von IT-Gipfel und Digitaler Agenda beschäftigte sich der hochrangige Kongress mit Chancen, Herausforderungen und Handlungsfeldern angesichts des digitalen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft.

Im letzten Jahr waren schwerpunktmäßig die Branchen Handel, Mobilität und Kreativ- und Medienwirtschaft vertreten, in diesem Jahr waren die Finanzbranche, das Gesundheitswesen und die Contentwirtschaft in das Axica Konferenzzentrum am Pariser Platz in Berlin eingeladen. Insgesamt 250 Teilnehmer aus den drei geladenen Branchen und dem politischen Raum verfolgten die insgesamt fünf Keynotes und drei Paneldiskussionen mit großem Interesse.

Die Finanzindustrie fürchtet FinTechs nicht

Gleich zu Beginn rüttelte der Vorstandsvorsitzende der ING DiBa, Roland Boekhout, mit seiner Keynote das Publikum auf. Er appellierte an die Finanzbranche, die Chancen der Digitalisierung nicht zu verpassen. Beispielsweise sei Deutschland im Bereich Bezahlung per Smartphone im Vergleich zu anderen Ländern geradezu rückständig. Auch stünde seine Branche vor der Aufgabe, neue Technologien wie das Video-Ident-Verfahren attraktiv zu vermarkten. Obwohl dieses Verfahren es für Verbraucher deutlich einfacher und bequemer mache, etwa ein Bankkonto zu eröffnen, werde es erst von wenigen genutzt.

Das Panel, zusammengesetzt aus Chris Bartz (Venture Partner FinLeap), Dirk Elsner (Manager DZ BANK), Markus Pertlwieser (CDO Deutsche Bank) und Jens Wiechers (Vorstandsmitglied Dogecoin Foundation), diskutierte zunächst die einschneidende Wirkung von neuen Finanztechnologie-Unternehmen, kurz FinTechs, auf die klassische Finanzwelt. Die beiden Vorstände der etablierten Banken sahen die vielen neuen Geschäftsmodelle eher als Bereicherung denn

als Gefahr für die Branche. Man arbeite sogar seit längerer Zeit mit FinTechs zusammen. Insgesamt seien die Möglichkeiten grundlegender Innovationen durch FinTech groß. Fortschritte seien etwa durch den Einsatz von Blockchain-Technologien¹ im Bereich Sicherheit und Schnelligkeit von Online-Banking-Verfahren zu erwarten.

Im Gesundheitswesen gibt es noch (Digitalisierungs-)Luft nach oben

Jens Baas, Vorstandsvorsitzender der Techniker Krankenkasse, spitzte den Fortschrittsdruck im Bereich digitale Gesundheitsindustrie zu: Wenn der regulatorische Rahmen nicht bald an die neuen Herausforderungen angepasst werde, verpasse Deutschland schlicht den Anschluss und überlasse es amerikanischen Konzernen, den Gesundheitsmarkt zu revolutionieren. Es sei höchste Zeit, u. a. das Sozialgesetzbuch fit für das digitale Zeitalter zu machen. Die Zukunft könne in der Etablierung einer elektronischen Gesundheitsakte liegen. Zugriff hätte zunächst allein der Patient. Er könnte die Daten aber bei Bedarf seinen behandelnden Ärzten oder seiner Krankenkasse zur Verfügung stellen. Beim Thema Datenschutz, im digitalen Gesundheitsbereich oft als größte Bremse genannt, griff er das vorangegangene Panel auf: Die Sicherheitsmechanismen der Finanzbranche zum Schutz der Kundendaten müssten auch für Gesundheitsdaten ausreichen. Zudem hätten Patienten oftmals keine Scheu, ihre Daten im Tausch gegen eine bessere medizinische Versorgung offenzulegen.

Im darauffolgenden Panel konnte Herr Baas seine Ideen mit Michael Meyer (Vizepräsident Strategie Siemens HealthCare), Friedrich Köhler (Leiter des Zentrums für kardiovaskuläre Telemedizin Charité Berlin) und Juliane Zielonka (Startupbootcamp Digital Health Berlin) diskutieren. Die Notwendigkeit zeitnaher regulatorischer Anpassungen teilten alle Panelteilnehmer. Insbesondere müsse die im eHealth-Gesetz vorgesehene Möglichkeit zur Abrechnung telemedizinischer Leistungen schnell umgesetzt werden.

Dennoch bewege sich sehr viel im Bereich der Start-ups im Gesundheitssektor. Zwar stießen auch neue Geschäftsmodelle irgendwann an die Grenzen der Gesundheitsmarktregulierung, jedoch lieferten sie wichtige Anstöße für Innovationen.



Der Vorstandsvorsitzende der Techniker Krankenkasse Jens Baas macht Druck: Der Gesundheitssektor habe im Bereich Digitalisierung den Anschluss verloren.

Die Content-Wirtschaft sieht sich als Vorreiter für das intelligente Zuhause

Die Herausforderungen für Telekommunikationsunternehmen erklärte Claudia Nemat, Vorstandsmitglied Deutsche Telekom, in ihrer Keynote. Für sie ist die Frage entscheidend, welche Technologien in den Zukunftsfeldern Unterhaltung und intelligentes Zuhause – das so genannte Smart Home – die Zukunft prägen. Beispielsweise habe die deutsche Telekommunikationsindustrie den Trend beim Instant-Messaging falsch eingeschätzt und könne daher am Erfolg von WhatsApp und iMessage nicht teilhaben. Starke Einbußen im SMS-Geschäft seien die Folge gewesen. Große Potenziale sieht Frau Nemat im Bereich der künstlichen Intelligenz. Auf dieses Zukunftsthema wolle sie die Aktivitäten der Telekom ausrichten.

¹ Siehe zu den Anwendungspotenzialen der Blockchain-Technologie auch Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Oktober 2016, S. 24 ff.



Gute Stimmung: Staatssekretär Rainer Sontowski, Silicon-Valley-Pionier Andreas von Bechtolsheim und Dieter Gorny, Beauftragter der Bundesregierung für kreative digitale Ökonomie.

Auch das anschließende Panel mit Conrad Albert (Vorstandsmitglied und General Counsel ProSiebenSat.1 Media), Dieter Gorny (Vorstandsvorsitzender BVMI und Beauftragter für kreative digitale Ökonomie), Jan Krog (Gründer und CEO naon PipesBox GmbH) und Peter Kerckhoff (Leiter Content Telekom) erarbeitete Zukunftsvisionen für das Smart Home, dem digitale Inhalte (Content) zum Durchbruch verhelfen könnten. Ein Beispiel sei das komplett vernetzte Zuhause mit automatisch öffnender Haustür, sanft angehendem Licht, ertönender Musik und duftendem Kaffee beim Betreten der Wohnung. Noch scheiterten viele Smart-Home-Lösungen an fehlenden Standards oder seien zu kompliziert. Gefordert sei, noch konsequenter aus Nutzersicht zu denken. Die Musikindustrie, mittlerweile ein Vorreiter in Sachen digitale, nutzerzentrierte Geschäftsmodelle, könne hier als gutes Beispiel dienen. Nicht zufällig seien große Digitalkonzerne gerade dabei, sich als Plattformen nicht nur für digitale Inhalte, sondern auch für Smart-Home-Anwendungen zu positionieren.

Nachhilfe aus den USA – Andreas von Bechtolsheim gibt konkrete Tipps für den deutschen Digitalisierungsfortschritt

Die Keynote von Andreas von Bechtolsheim war ohne Zweifel ein Highlight der Konferenz. Er zeigte anhand konkreter Beispiele, welche Herausforderungen die deutsche Digitalisierungslandschaft bewältigen muss, um zum Pioniergeist des Silicon Valley aufschließen zu können.

Andreas von Bechtolsheim ...

... ist ein deutscher Unternehmer und Business Angel, der im Silicon Valley lebt. Bereits mit 18 Jahren gewann er den Bundeswettbewerb „Jugend forscht“ in Physik und siedelte noch während seines Informatikstudiums 1975 in die USA über. Dort beschäftigte er sich unter anderem mit der Entwicklung von hochleistungsfähigen Prozessoren. Im Jahr 1982 war er Mitbegründer der Firma Sun Microsystems, die die Computersprache Java entwickelt hat und mittlerweile für 7,4 Milliarden US-Dollar vom Unternehmen Oracle übernommen wurde. Mit 100.000 US-Dollar war er 1998 einer der ersten Investoren bei Google. Nach Googles Börsengang wurde der Wert seiner Beteiligung auf 500 Millionen US-Dollar geschätzt. Er spricht über Google als „die tollste Idee, die mir je untergekommen ist“.

Für Erheiterung sorgte er mit seiner Feststellung, dass offensichtlich weder Berufserfahrung noch Bildungsabschluss für eine gelungene Unternehmensgründung ausschlaggebend seien – die derzeit fünf größten Unternehmen nach Marktkapitalwert (Apple, Microsoft, Facebook, Google, Amazon) seien von jungen Männern größtenteils ohne Erfahrung und zum Teil sogar vor ihrem Universitätsabschluss gegründet worden. Entscheidender Wettbewerbsvorteil sei es vielmehr, neue, bahnbrechende Technologien einzuführen. Auch sei hier nicht unbedingt relevant, der

erste Anbieter auf dem Markt zu sein – es komme auf die Qualität der Umsetzung an. Dies könne man gut an den Beispielen Google und Facebook sehen. Sie waren nicht die erste Suchmaschine beziehungsweise das erste soziale Netzwerk. Aber ihre Angebote waren am besten durchdacht und trafen am besten die Bedürfnisse der Nutzer, so dass sie ihre Konkurrenz schnell überholten.

Deutschland könne hier vom Silicon Valley lernen – aus 10.000 Unternehmensideen entwickelten sich nur 100 Erfolgsgeschichten. Daher sei es wichtig, Gründungen attraktiv zu machen, vielseitig zu fördern und vor allem ein Scheitern nicht als Rückschlag zu begreifen. Hier müssten Deutschland und Europa gerade auch im Bereich Wagniskapital mehr Geld und Investoren anlocken.

In einem Schlussappell legte er die großen Vorteile eines einheitlichen Marktes dar, wie es ihn in den USA gebe. Dies müsse die EU mit einem einheitlichen digitalen Binnenmarkt ebenfalls schnell erreichen.

Staatssekretär Sontowski stellt mit dem Aktionsprogramm Digitalisierung die Aktivitäten und Initiativen des BMWi vor

In Vertretung von Bundesminister Sigmar Gabriel erläuterte Rainer Sontowski, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, anschließend die vielfältigen Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich Digitalisierung. Viele der bereits aufgeworfenen Hemmnisse und Probleme der Digitalisierung, wie den nicht mehr zeitgemäßen regulatorischen Rahmen oder den mangelnden Zugang zu Wagniskapital, griff der Staatssekretär in seiner Rede auf und sicherte den Akteuren die Unterstützung des BMWi zu.

Dabei widmete er sich vor allem dem neuen „Aktionsprogramm Digitalisierung“, das die „Digitale Strategie 2025“ des BMWi konkretisiert und in nächste Schritte übersetzt – teils in Form laufender oder gerade in Angriff genommener Maßnahmen und Initiativen des BMWi, teils in Form von Vorschlägen an andere Bundesministerien. Teil des Maßnahmenbündels ist die „German Digital Hub Initiative“, die im Aktionsprogramm erstmals vorgestellt wurde und zum IT-Gipfel der Bundesregierung am 16. und 17. November 2016 in Saarbrücken starten wird. Die Idee dahinter: Digitale Ökosysteme, in denen etablierte Unternehmen mit Start-ups zusammenarbeiten – so genannte „Hubs“ –, können Innovationssprünge befördern und Deutschland zu einem Anziehungspunkt für Gründer aus aller Welt werden lassen. Das BMWi will die überregionale Vernetzung der

großen deutschen Hubs durch eine eigens eingerichtete „Hub-Agency“ unterstützen und durch schlagkräftige internationale Werbung die Ansiedlung von neuen innovativen Unternehmen und Investoren sowie die Anwerbung von Fachkräften befördern.

Das Aktionsprogramm Digitalisierung widmet sich auch dem Thema Wagniskapital. Die Bundesregierung hat ihre Aktivitäten in diesem Bereich deutlich ausgeweitet und versucht, einerseits durch Fördermaßnahmen und andererseits durch gezielte Anreize die Wagniskapitalinvestitionen in Deutschland zu erhöhen.

Weiterführende Infos zum Aktionsprogramm Digitalisierung unter:



bit.ly/de_digital_aktionsprogramm



Ein Video der Konferenz ist abrufbar unter:



bit.ly/Video_Digitaler_Wandel

Kontakt: Nils Börnsen und Florentine Kessler-Grobe
Referat: Ökonomische Fragen der Digitalen Agenda und gesellschaftliche Entwicklungen, Digitale Souveränität